

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Nr. 3–4/2018 | 60. Jahrgang

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959

Übersicht

✂	Politik interkulturellen Handelns.....	2
🏛️	Interkulturelle Bildung	10
A.	Afrika	12
E.	Europa	14
F.	Aus der Forschung.....	18
I.	Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	20
K.	Konvivenz, Kooperationen.....	24
M.	Migration, Diaspora.....	27
R.	Religion.....	34
T.	Interkulturelle Tourismuspolitik.....	35
W.	Weltinnenpolitik.....	38
	SSIP e.V. Mitglieder-Nachrichten	40
	SSIP-Tagungskalender.....	41
	Impressum.....	44

Aus dem Inhalt:

Feindbilder in der deliberativen Demokratie

Der Philosoph Konrad Ott im Gespräch

Gespaltene Gesellschaften

Resolution des Verbandes der Historiker und
Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen
Gefährdungen der Demokratie

Europas Werte – mit Füßen getreten

Praxiskommentar zum Europäischen Asyl-
zuständigkeitsystem erschienen



✂ Politik interkul- turellen Handelns

P1/18-3-4 **Heimat. Heimat?**

Zum 75. Geburtstag von Wolfgang Thierse am 22. Oktober 2018 lud die Katholische Akademie in Berlin zu einer abendlichen Podiumsdiskussion zum „Streit um Heimat“ ein. Die Moderation übernahm Joachim Hake, der Leiter der Katholischen Akademie. Mit DR. WOLFGANG THIERSE diskutierten:

- Die Schriftstellerin, Literaturkritikerin und Dramaturgin THEA DORN aus Berlin. Von ihr erschien zuletzt: *Deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für aufgeklärte Patrioten* (München 2018).
- Der Journalist und Autor DR. MATTHIAS GREFFRATH (Berlin). Er hat unlängst herausgegeben: *RE. Das Kapital. Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert* (München 2017) und mit Dietmar Dath zusammen geschrieben: *Das Menschen Mögliche. Zur Aktualität von Günther Anders* (Wiener Vorlesungen; Band 189, Wien 2018).
- DR. RUUD KOOPMANS (Berlin), seit 2013 Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität und dort der Direktor der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung.

In seinen einleitenden Bemerkungen erntete Wolfgang Thierse beifälliges Gelächter aus dem Publikum, als ihm der unbeabsichtigte Versprecher von **Seehofers** „Heimatmuseum“ unterlief. Des Bundesheimatministers Artikel in der F.A.Z. vom 30. April war der Aufhänger der Diskussion. Aber Thierse war weit davon entfernt, den Begriff Heimat zu verulken oder mit spitzen Fingern anzufassen. Warum könne, gab er sich erstaunt, die „Selbstverständlichkeit Heimat“ Anlass zu einer Kontroverse bieten? „Heimat“ sei doch nicht ein Besitztum der Rechten. Auch der Einwanderer solle heimisch werden unter den Deutschen. Das setze auf der einen Seite voraus, dass er teilhabe an Bildung, Arbeit, Demokratie, Kultur und sozialer Sicherheit. Auf der anderen Seite steht: „Migranten müssen sich Deutschland auch erobern“, womit Thierse in diesem Moment meinte, sie sollten der „Einladung“ folgen, sich alles, was deutsch sei, zu eigen zu machen. Sein Ausspruch „Ich will die Heimat Deutschland gewinnen“ hatte in diesem Sinne durchaus eine zweifache Bedeutung. Denn das Gegenteil von „Heimat“ sei „Entfremdung“, und die will er durchbrechen.

Hier sah Thea Dorn die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass für Migranten die Identifikation

mit der neuen Heimat Deutschland keinen Verrat an anderen Heimaten, etwa der türkischen ‚Herkunftsheimat‘ bedeute. Koopmans konstatierte, dass das Wort Heimat „nahe an einem ethnischen Begriff von **Nation** liege und damit **ausschließend**“ sei. Er fügte allerdings an, Heimat dürfe **nicht als auf Abstammung beruhend** gedacht werden. Es klang fast bedauernd, wenn er feststellte, aufgrund der globalen Migration werde es für Mitglieder einer Mehrheitsgesellschaft zu einem Erfordernis, die Zugehörigkeit zu ihrer Kultur zu erklären — als ob ein voraussetzungsloses Verstehen in einer Gesellschaft gegeben und erst durch Einwanderung erschwert sei. Wenn Heimat für Zuwanderer offenseinsolle, müssten sie auch Teil der deutschen Geschichte werden und damit „auch die Lasten der deutschen Geschichte übernehmen“ — dem Zuhörer mag dazu der Paulusbrief an die Galater 6, 2 in den Sinn gekommen sein.

Thierse war daran gelegen auszudrücken, dass die neuen Herausforderungen der Globalisierung Identitätsfragen provozieren, dass die Kontroversen um Heimat nicht auf materielle, materialistische Fragen reduzierbar seien, sondern in **kulturellen Konfliktlinien** wurzeln. Dass sah Matthias Greffrath anders. Kulturelle Grenzen würden doch immer nur dann thematisiert, warf er ein, wenn es an der materiellen Basis Probleme gebe, wenn z.B. die Integration über Arbeit nicht mehr gelinge. Der unausgesprochene Grundkonsens der westlichen Bundesrepublik — wobei er auf Schelsky und Gehlen hinwies — sei gewesen, die Integration der Gesellschaft über das **Bruttosozialprodukt** herbeizuführen. Gegen das Wirtschaftsargument führte Thierse an, dass von Ängsten auch die umgetrieben seien, denen es wirtschaftlich gut gehe. Ja, stimmte Thea Dorn zu, „Ruhe schaffen durch Wohlstand“ sei das Gründungsversprechen der Bundesrepublik gewesen. Jemand erinnerte an Peter von Oertzens Frage „Was wird passieren, wenn euer Wachstum nicht mehr funktioniert?“ „Wie soll man heute die Verlierer der globalisierten digitalen Revolution des 21. Jahrhunderts beschreiben?“, fragte Thea Dorn. Wie können die neu beheimatet werden, die in diesem **Rattenrennen** ins Hintertreffen geraten? So wurde die Diskussion über Heimat, den Heimatverlust durch Migration und Wirtschaftswachstum und die notwendige Neubeheimatung im letzten Teil des Abends unversehens zu einer Debatte um **die SPD**. Die SPD müsse als Kulturbewegung neu anfangen, hieß es.



Der Moderator, Joachim Hake, hatte sich zum Abschluss einen Auftrag an die Podiumsteilnehmer ausgedacht. Sie sollten dem Jubilar Thierse eine aus ihrer Sicht wichtige „Hausaufgabe“ mit auf den Weg geben. Den Sozialstaat als eine europäische Errungenschaft zu retten, war die

Antwort von Matthias Greffrath. Sich ausdenken, wie die Sozialdemokratie zu sich zurückfinden könne, fragte Koopmans. Thea Dorn aber stellte Thierse die Aufgabe, die zu den Kernanliegen des **SSIP** gehört: „Wie wäre ein zukunftsfähiges ‚Wir‘ zu definieren? – ein triftiges gutes ‚Wir‘“.



P₂/18-3-4 **AKBP in der Stadt**

Am 1. Juni 2018 luden das Auswärtige Amt und mit ihm verbundene Mittlervereine, Wissenschaftsorganisationen und Stiftungen zu einer „Langen Nacht der Ideen“ ein, um die „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ (AKBP) bekannter zu machen. Neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gilt die AKBP als die „dritte Säule“ der deutschen Außenpolitik. Gerade angesichts der vielen aktuellen Krisen sei, schreibt die Abteilung für Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes auf ihrer Internetseite (<https://menschenbewegen.jetzt/>), die AKBP als grenzüberschreitender „Türöffner“ wichtiger denn je. Sie schaffe Freiräume im vorpolitischen Raum und weltweit Vertrauen in Deutschland. „In Zeiten von Echokammern und Populismus stellen wir das Thema der offenen Gesellschaft in den Mittelpunkt der Langen Nacht und möchten zugleich die vielfältige Arbeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Inland sichtbar machen.“

Was können wir durch Kultur und Bildung der zunehmenden Skepsis an Europa entgegensetzen? Was müssen wir tun, um vorpolitische Freiräume für Kunst und Kultur, Wissenschaft und Meinung aufzubauen und zu schützen? Das waren einige der leitenden Fragen. In über einem Dutzend

Veranstaltungen sollte die Bandbreite der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dargestellt werden (siehe <https://menschenbewegen.jetzt/lange-nacht-der-ideen-2018/>). Das *Maxim-Gorki-Theater* setzte sich beispielsweise mit der Lage verfolgter Künstler und Künstlerinnen am Beispiel Türkei auseinander, RE:PUBLICA beschäftigte sich mit der Frage, wie künstliche Intelligenz den Alltag verändern wird und was dies für die Kulturarbeit bedeutet. Das *Haus der Kulturen der Welt* zeigte eine „Neolithische Kindheit. Kunst in einer falschen Gegenwart, ca. 1930“ und im *Kino Babylon* gab es Lesung und Konzert („Balkannacht“).

Geht die übertriebene Ausbeutung des *cultural turn* zu Ende? Erheben sich gegen das Paradigma, das gefühlten Zugehörigkeiten und Identitätsfragen zu ihrem Recht verholfen hat und das journalistisch und in Politikerreden weidlich überspannt wurde, nun neue Kräfte? In der Paneldiskussion „**Wie national sind wir?**“ im „Umspannwerk“, einer *event-location* am Alexanderplatz, konnte es so scheinen. Die Musiker des *Ramal Ensemble* der *Barenboim Said Akademie* stimmten die Gäste mit eigenen Kompositionen in arabischer und europäischer Musiktradition ein. Dann begann das Gespräch auf dem Podium, das STEPHAN-ANDREAS CASDORFF, Chefredakteur des Berliner *Tagesspiegel*, moderierte. Auf seine Fragen antworteten:



Lange Nacht der Ideen am 1. Juni 2018

- der durch seine Bauten berühmte DAVID CHIPPERFIELD, erschienen in schwarzem Anzug, weißem Hemd und blendendweißen *Sneakern*,
- SHERMIN LANGHOFF, die Intendantin des Berliner *Maxim-Gorki-Theater*, die sich als Mensch mit vielen Identitäten, unter denen auch eine türkische sei, vorstellte; v.a. aber sei sie Tscherkessin,
- MICHELLE MÜNTEFERING, Staatsministerin im Auswärtigen Amt (SPD).

Die Eingangsfrage von Andreas Casdorff zielte noch auf das Problem nationaler Identität und persiflierte ein bisschen Ängste vor **Identitätsverlust**. Wir stehen am Scheideweg, dramatisierte er die Situationsbeschreibung, zwischen **Renationalisierung** und postnationaler Kritik. Oder sei Renationalisierung ein Narrativ der Rechten, dessen Notwendigkeit uns nur eingeredet werde?

Auf die Identitätsfrage ließen sich indes die Panelisten nicht ein. Michelle Müntefering sprach allgemein von den Brüchen, die **westliche Demokratien** aufweisen und deren Vorhandensein Rechte wie die AfD ausnutzten. Shermin Langhoff setzte nach: 30 Jahre **ungezügelter Neoliberalismus** habe die Gesellschaft gespalten, und das Ergebnis sei jetzt ein **völkischer Nationalismus**. Hier kam spontaner Beifall aus dem Publikum auf. Als Reaktion auf die Konflikte um Arbeit und um Wohnungen werde nun sogar – v. a. von der Rechten – eine judäo-christliche Gemeinschaft erfunden. Schüchtern versuchte Casdorff eine Rettung des (Neo-)Liberalismus — ob der nicht vielleicht doch eine Lösung sei? Da holte Chipperfield, der keine Gelegenheit ausließ, sich als Fachmann für Hausbau, der nichts von Politik verstehe, darzustellen, leise und mit bescheidener Geste zu einem Aufschlag aus. *London is rebuilding itself*. Was dort gerade gebaut werde, seien indes keine Häuser; es seien *investments*. Der Grund, warum gerade junge Leute und Kreative früher nach Berlin gekommen seien, habe an der Formbarkeit der Stadt gelegen. Nun sei **Berlin** in der Krise, denn *investment comes in*. Wir haben kein *social housing*. Die Städte spalten sich in die abgeschotteten Residenzen der Reichen und die Quartiere der Minderbemittelten. Das führt zu Unzufriedenheit. Chipperfield verband diese Beobachtung mit einer Kritik an der *consumer society*. Früher sei die Frage gewesen, *what we need*, heute: *what we want*. So schaffe der *consumerism* dauernd *dissatisfaction*.

Diese Spaltungen sind offenbar politisch und ökonomisch zu bearbeiten. Was vermögen hier Kultur und Identitätspolitik? Auch hier blieb Müntefering recht allgemein. **Kultur** – das sind „die Beziehungen zwischen den Menschen“. **Nation** – das sei ein legitimer „Ordnungsrahmen“; allerdings sagte sie gleichzeitig, Nationen hätten positiv gewirkt vor 200 Jahren. Und heute? Shermin Langhoff wurde deutlicher. Auf Casdorffs Frage, ob sich die Deutschen an den **Türken** im deutschen Land „versündigt“ hätten, antwortete sie unumwunden: Ja. Forscher wie Heitmeyer hätten schon vor 25 Jahren die Polarisierung zwischen Salafisten und Rechtsradikalen vorhergesagt. Damals habe das die Politiker nicht interessiert.

„Wie begeistern Sie die ‘national Besorgten’ für die offene Gesellschaft?“ Diese Frage des Moderators, die unausgesprochen auf Befindlichkeiten und auf Kultur zielte, beantwortete Müntefering handfest unter Hinweis auf Emmanuel Macrons Diktum, zu fordern sei nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie: Transaktionssteuer! Europäische Universitäten! Gemeinsame Europäische Projekte! Auch Langhoff meinte, es sei „nicht alles Kultur“. Aber wir müssten auch auf unsere **Sprache** achten. Wie könne es beispielsweise sein, dass ein AfD-Abgeordneter die Begriffe „Gesinnung“ und „Theater“ miteinander verknüpfe? **Sarrazin**, der die Sprache des Hasses ins Bürgertum gebracht habe, sei ein Sozialdemokrat. Hier müsse **Widerstand** geleistet werden. Chipperfield wünschte sich mehr Berücksichtigung der lokalen Netzwerke, von der Region bis zum Lebensumfeld der Familien.

So sehr Ökonomie und Sozialstruktur im Vordergrund standen, wurde **die Frage der Identitäten** also nicht ausgeblendet. Lässt es sich mit mehreren Identitäten gut leben? Sicher, antwortete Shermin Langhoff; sie sei Deutsche und habe neben anderen eine türkische, v.a. aber auch eine tscherkessische Identität. Sind Menschen mit Mehrfach-Identitäten prädestiniert, interkulturelle Kontakte zu fördern? Das wollte Langhoff nicht uneingeschränkt bejahen, sofern die Frage unterstelle, dass Identitäten als relativ abgeschlossene Systeme von Einstellungen verstanden werden.



P_{3/18-3-4} **Feindbilder in der deliberativen Demokratie**

Bekanntlich behauptet das Modell der deliberativen Demokratie, dass sich in der Diskussion mündiger Bürger das bessere Argument und damit die am meisten vernunftgemäße Problemlösung durchsetzen werde. Die Voraussetzung rationaler Entscheidungen ist demnach der herrschaftsfreie Diskurs in einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit. Dieses Modell, das mit dem Namen Habermas verknüpft ist, gehörte über gut drei Jahrzehnte zum linksliberalen Diskurs der westdeutschen Bundesrepublik. Dieses schöne Phantasiegebilde orientiert sich am Ideal des akademischen Gesprächs nur an der Wahrheit interessierter Forscher. Leider funktioniert das nicht einmal in dem relativen Freiraum Universität.

Dass sich die Chimäre des herrschaftsfreien Diskurses auch mit populistischem Gedankengut verträgt und mit dem versteckten **Anheizen von Feindbildern** einhergehen kann, zeigte ein Vortrag von Prof. Dr. KONRAD OTT, den Jürgen Habermas einst promoviert hat. Der Professor für *Philosophie und Ethik der Umwelt* an der Universität Kiel sollte in der Berliner Katholischen Akademie über „Religiöse und säkulare Gründe in der Flucht- und Migrationsdebatte“ sprechen. Er charakterisierte seinen Vortrag eingangs freilich gleich als Beitrag zum Zusammenhang von **Moral und Politik**. In der Tat lieferte er eine provozierende Stellungnahme zu diesem Thema. In der intellektuellen Debatte von heute grenzte er unter anderem „**Kosmopolitismus**“ und „Republikanismus“ voneinander ab und stellte diesen Gegensatz – in offensichtlicher Analogie zu Samuel Huntington – als einen *clash of morals* dar. Der Kosmopolitismus, tendenziell gegen die Nation gerichtet, folge einem „normativen Individualismus“ und gebe sich einen „postkolonialen“ Rahmen. Als Vertreter der „kosmopolitischen Position“ nannte er u. a. Giorgio Agamben und Sheila Benhabib. Diese Kosmopoliten beschuldigte er eines „expansionistischen Systems [sic!] von Menschenrechten“. Vorsicht mit Kosmopoliten! Wenn man ihnen auch nur das kleinste Zugeständnis mache, kämen sie sofort mit immer radikaleren Forderungen nach grenz-überschreitender Mobilität! Kosmopoliten würden tendenziell alle Migranten als Flüchtlinge stilisieren. In der Diskussion verriet Ott seinen Glaubenssatz: In der Menschheitsgeschichte sei **Migration stets der Ausnahme-**

fall gewesen. Die Sesshaftwerdung sei des Menschen Bestimmung.

Den „**Republikanismus**“ verband er mit Autoren wie Will Kymlicka und Michael Walzer. Dieser Position konnte Ott schon mehr abgewinnen. Republikaner träten dafür ein, Zuwanderung und Migration zu regeln, und seien für politische Selbstbestimmung und das *rule of law* – im Umkehrschluss lag die Anschuldigung in der Luft, Kosmopoliten hätten gegen Gesetzlichkeit Vorbehalte; aussprechen mochte Prof. Ott das aber nicht. Er selbst orientiere sich, sagte er, an Paul Collier, der die politische Ökonomie der Migration ausgearbeitet und das unheilvolle Wirken der „**Migrationsindustrie**“ offengelegt, und an Fernand Braudel, der das Mittelmeer als „eine Welt der Kämpfe“ beschrieben habe. Nun gehört Fernand Braudel zur französischen Historiker-Schule der *Annales*, die, interdisziplinär und un-national, eine bedeutende Modernisierung der Geschichtswissenschaft bewirkt haben. Das Entscheidende in Braudels Habilitationsschrift von 1947 (deutsch: *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.* [16. Jh.]) war, den Mittelmeerraum nicht als einen besonders kämpferischen oder umkämpften Raum herauszustellen, sondern als einen Raum einer großen gemeinsamen Kultur und das Mittelmeer als ein Zentrum des wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austauschs.

Sich selber charakterisierte der Protestant Ott als altes Mitglied der Partei der Grünen, als „universell eingebundenen Verfassungspatrioten“ und als Anhänger der **deliberativen** Demokratie. Alles andere als deliberativ legte er in seinem Vortrag indes fest: „Flüchtlingen gegenüber sind wir verpflichtet, Migranten gegenüber nicht.“ Mit spitzem Zungenschlag – an wen auch immer gerichtet – konstatierte er im Hinblick auf Art. 16a GG: „Asylanträge können auch abgelehnt werden.“ Sicher aufgrund überlegter Deliberation benutzte er beharrlich den regierungsamtlichen Begriff „Rückführung“, während bis vor der CSU-Kampagne gegen Einwanderer aus dem Mittelmeerraum die Begriffe „Ausweisung“ oder „Abschiebung“ in der Alltagssprache üblich waren. Zustimmung Bewegung war im Saal zu spüren, als er eins ums andere Mal – mit geringstmöglicher Deliberation – mahnte, angesichts von Millionen am Mittelmeer wartender Afrikaner müssten alle moralischen Bedenken gegen die Rückführung



Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
[...]

von Migranten (– „das geht doch aber nicht“) fallengelassen werden, und gebieterisch in den Saal rief: „Nicht alle können bleiben!“. Als er aus dem Publikum heraus nach einem übergeordneten Moralanspruch, der daraus folge, dass aus christlicher Perspektive alle Menschen doch Glieder einer Familie seien, gefragt wurde, konterte Ott, die Welt sei keine „Großfamilie“ – demagogisch geschickt, weil er sicher klug erwogen hatte, dass „Großfamilie“ sofort die Assoziation Araber–Unterdrückung–Kriminalität evozieren würde. So hatte er auch schon bezüglich dem vielen Geld, das Flüchtlinge aufbringen müssen und das ihnen oft ein Dorf oder ihre Familie auf den Weg mitgibt, wohlbedacht erklärt, für die Flüchtenden würden ja „Clans“ das Geld zusammenlegen.

Angesichts dieser erbarmungslosen **Polarisierung** zwischen dem WIR der Alteingesessenen und dem SIE der Eindringlinge,

die – sei es von Prof. Ott, sei es aus dem Publikum – immer wieder als Bedrohung für Besitzstände und Sozialsysteme angesprochen wurden, mochte sich Prof. Dr. CHRISTOF MANDRY, Lehrstuhlinhaber für Moral-theologie/Sozialethik an der Universität Frankfurt, den die Katholische Akademie als Koreferenten eingeladen hatte, kaum mehr als „christlicher Kosmopolit“ vorstellen. Wenigstens präsentierte er aus katholischer **Universalität** heraus einen Anflug von Skepsis gegen die Verengung des Verhältnisses von Moral und Politik auf eine Verbindung von Moral und Staat. Haben Staaten eine Verantwortung über ihre Bürger hinaus? Ja, antwortete er. Die Souveränität der **Staaten** ende an den Menschenrechten. Er bezog sich auf die Enzyklika *Pacem in terris* von 1963, die mit dem Namen von Papst Johannes XXIII. verbunden ist. Nach christlichem Verständnis erstreckte sich das Menschenrecht auf Auswanderung wie auf Einwanderung. Etwas zu kleinlaut sprach er „**vorpolitische Ansprüche**“ des Menschen gegen staatliche Gewalt an. In Wirklichkeit war hier ein spannender Punkt für einen entpolarisierenden Ansatz einer historisch-soziologisch sensiblen Theorie der interkulturellen Kommunikation erreicht.

Schade – an diesem Abend hat die Katholische Akademie Berlin die Chance verpasst, dem Publikum aus dem Reichtum ihrer Tradition gegen populistische Polarisierungen ein Modell versöhnender Identitäten und grenzüberschreitender Verbindungen darzustellen. Für die geschickte Anwendung von Feindbildern, ja – für eine erneuerte Diskussion über den Begriff Feindbild war das allemal ein lehrreicher Abend. AT

Konrad Ott im Gespräch mit CollegeBlog-Redakteurin Maline Kotetzki, Juni 2017, online: <http://collegeblog.kn-online.de/2017/06/27/endlichkeit-gehört-zum-menschlichen-sein-dazu/>



P4/18-3-4 Das Volk des Deutschen

JOACHIM FRANK, Theologe und Journalist, hat im Dezember 2018 mit dem Literaturwissenschaftler Prof. Dr. **HEINRICH DETERING** über einen Vortrag gesprochen, den dieser am 23. November 2018 in der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gehalten hatte („Bedrohung durch Populismus – Verteidigung der Demokratie“).

In diesem Interview ging es um die politische Rhetorik, derer sich die AfD bedient, also nicht um einzelne Begriffe oder Sätze, sondern um die Bestimmung, wie Detering sagte, „wie und von wo aus sich der Redner oder die Rednerin auf diesen Satz zubewegt hat.“ Detering geht also einer Frage nach, mit der der SSIP gegründet worden ist, und die seine Mitglieder seit seiner Gründung bewegt: Wie werden **Feindbilder** hergestellt? In diesem Zusammenhang spricht sich Detering über essentialistische Annahmen aus, die bis heute das Gewerbe interkultureller Trainer und das Vokabular von Politikern bevölkern. Unumwunden und ohne Pirouetten stellt Detering einen Zusammenhang zwischen **Essentialismus** und **Rassismus** her. Deshalb sei seine Stellungnahme hier im Wortlaut wiedergegeben:

Ein auffällender Grundzug in der Rhetorik der Rechten ist die im Wortsinn völkische Suggestion, es gebe eine verbindende „Wesensart“, an der alle Deutschen teilhätten und die sich auswirkte auf Lebensführung, Weltanschauung, Umgangsformen. Das aber ist nicht nur eine reine Fiktion, sondern gemeingefährlicher Unsinn.

[Frage Joachim Frank:] Warum? Und was setzen Sie dagegen?

Gemeingefährlich ist es, weil es am Ende immer auf ein biologisches Substrat hinausläuft. Also auf rassistische Annahmen. Was heute als verbindende Kultur „der Deutschen“ behauptet werden kann, das reduziert sich bei genauerer Betrachtung auf die gemeinsame Sprache [...].

[Frage] Ist das aber nicht eine viel zu formale Bestimmung des Gemeinsamen? Mithilfe der Sprache lassen sich schließlich komplett gegensätzliche Auffassungen artikulieren.

Aber wer hat denn gesagt, dass das Wort **Kultur** etwas Homogenes bezeichnen soll? Es geht hier



Foto: picture alliance / Swen Pförtner – Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/kultur/literatur/literaturwissenschaftler-heinrich-detering-ueber-deutsche-kultur-und-rechte-rhetorik-31699080>

ja nicht um die Werte und Normen, die alle demokratischen Länder teilen. Die Bringschuld läge bei denen, die behaupten, es existiere im Jahr 2018 im deutschen Sprachraum von Flensburg bis Südtirol jenseits der Sprache eine verbindende Gemeinsamkeit von Lebensformen, Anschauungen, Gewohnheiten, die mehr oder weniger alle teilen und die sich von derjenigen unterscheiden soll, die in Italien, Dänemark oder Polen bestehen. Eine „**deutsche Kultur**“ zu behaupten, klingt auf Anhieb so plausibel, weil alle Hörer an das denken, was ihnen lebensweltlich vertraut und nahe ist. Aber die Behauptung einer deutschen Wesensart, die über Regionen und Zeiten hinweg homogen sei, erweist sich schnell als leer. Deutschland ist so heidnisch wie die Merseburger Zaubersprüche, so evangelisch wie Luther, so katholisch wie Papst Ratzinger, so antichristlich wie Nietzsche; Deutschland ist so mystisch wie Meister Eckhard und so aufklärerisch wie Kant; so romantisch wie Eichendorff und so antiromantisch wie Marx und Engels. Und das sind nur ein paar Beispiele aus der Bildungskultur; die Popularkultur, die Praktiken der Lebenswelt sind noch viel reicher variiert, uneinheitlich und eben deshalb lebendig.

Quelle: Berliner Zeitung (6.12.2018), S.21; die bemerkenswerte Rede von Prof. Detering ist zu hören unter: <https://www.zdk.de/veroeffentlichungen/media/audio/>



P5/18-3-4 **Die politischen Wirkungen der Leitkultur**

Da haben wir's. Was man mit so etwas wie einer Leitkultur anstellen kann, wird daran deutlich, was **die AfD** mit ihr jetzt in Brandenburg tut. Gleichzeitig sehen wir uns zurückgeworfen auf Debatten aus den 1960er Jahren, als die Studentenbewegung mühsam und lautstark ein Bewusstsein dafür schaffen musste, dass **Kultur nicht unpolitisch** ist. Auch scheinbar wertfreie Unterhaltung, die „leichte Muse“, harmloses Theater, das den Geschmack von Lieschen Müller trifft, ist politisch – und sei es durch Unterlassung. Man dachte, diesen Lernschritt habe man nach 50 Jahren abhaken können.

Wie aus Medienberichten hervorgeht, bläst die AfD wie weiland die affirmativen Systembewahrer jetzt zum Angriff auf gesellschaftskritische Kultur. In Brandenburg hat die Landtagsfraktion der AfD mehrere kleine Anfragen zum Thema Kulturförderung, wie JENS BLANKENNAGEL in der *Berliner Zeitung* mitteilt. AfD-Fraktionschef ANDREAS KALBITZ hat sich z.B. erkundigt, warum das Cottbuser *Piccolo-Theater* in den nächsten zwei Jahren mit fast 1,8 Millionen Euro gefördert wird. „Wie viele Stücke mit dezidiert aktuellem gesellschaftlichen und oder politischem Bezug ähnlich dem Theaterstück ‚KRG‘ wurden in den Jahren dieser Legislaturperiode im Piccolo-Theater aufgeführt?“ Mit Blick auf das seit 1995 stattfindende *Nation of Gondwana-Festival* im

Havelland (elektronische Musik) wurde nicht nur nach der Förderung gefragt, sondern auch nach begangenen Straftaten, was der Polizeieinsatz gekostet habe und ob die Landesregierung wisse, ob Teilnehmer aus dem „extremistischen politischen oder religiösen Milieu“ dort waren. Zu dem Musikfestival *Resist to Exist* im Kreis Oberhavel wurde direkt gefragt wird, ob die Regierung die Veranstaltung als linksradikal oder gar linksextrem einstufe. Nach Ansicht der AfD ist die Kulturförderung eindeutig „linkslastig“. Der Bundestagsabgeordnete GÖTZ FRÖMMING in der ARD-Kultursendung „TTT“ wurde deutlicher: „Wir sehen es als bedenklich an, dass die Kulturpolitik sich in Deutschland in den letzten Jahren zusehends politisiert hat und zwar einseitig in die linke Richtung. So sollte Deutschland auch ein Interesse daran haben, **die deutsche Kultur zu fördern.**“

Kalbitz behauptet angeblich, die Nachfragen seiner Fraktion seien keine Drohgebärden. Es gehe nicht darum, den Veranstaltern Geld wegzunehmen. Aber der **Druck von rechts zeigt Wirkung**, sagt Jens Blankennagel. Er und auch andere Beobachter weisen auf den Fall der Chefin des *Dessauer Bauhauses* Jessen hin. Diese hat aus Angst vor Protesten die linke Band *Feine Sahne Fischfilet* mit ihrem Konzert ausgeladen.

So schaffen allein der Begriff der „deutschen Leitkultur“ und die Forderung, endlich leitkulturell Mut zum Deutschsein zu haben, ihre Feindbilder.

AT

P6/18-3-4 **Gespaltene Gesellschaften – gespaltener Historikerverband**

Während des 52. Deutschen Historikertages an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster vom 25. bis 28. September 2018, der das Motto „Gespaltene Gesellschaften“ hatte, fand die Mitgliederversammlung des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands statt. Auf dieser Mitgliederversammlung wurde eine Resolution vorgelegt, diskutiert und verabschiedet, die Position gegen rechten Populismus und Feindbegriffe und Position für Europa und eine Öffnung gegenüber Fremden und Migranten bezieht. Sie sei deshalb hier abgedruckt. Sie hat

eine heftige öffentliche Debatte ausgelöst, vor allem durch Patrick Bahners' ironisierend-ablehnende Berichterstattung in der FAZ („Die Lehrer Deutschlands. Auf ihrem Treffen in Münster verabschieden die deutschen Historiker mit großer Mehrheit eine Resolution zur Lage des Landes. Unter Berufung auf ihre Fachkompetenz stellen sie sich der AfD in den Weg“).



Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 27. Sept. 2018

In Deutschland wie in zahlreichen anderen Ländern bedrohen derzeit maßlose Angriffe auf die demokratischen Institutionen die Grundlagen der politischen Ordnung. Als Historikerinnen und Historiker halten wir es für unsere Pflicht, vor diesen Gefährdungen zu warnen. Streit ist essentiell in einer pluralistischen Gesellschaft, aber er muss bestimmten Regeln folgen, wenn er nicht die Demokratie selbst untergraben soll.

Geschichtswissenschaft hat die Aufgabe, durch die Analyse historischer Entwicklungen auch zur besseren Wahrnehmung von Gegenwartsproblemen beizutragen und die Komplexität ihrer Ursachen herauszuarbeiten. Angesichts einer zunehmend von demoskopischen Stimmungsbildern und einer immer schnelllebigeren Mediendynamik getriebenen Politik möchten wir betonen, dass nur ein Denken in längeren Zeiträumen die Zukunftsfähigkeit unseres politischen Systems auf Dauer gewährleisten kann.

Die folgenden Grundhaltungen des demokratischen Miteinanders in Politik und Gesellschaft halten wir deshalb für unverzichtbar:

Für eine historisch sensible Sprache, gegen diskriminierende Begriffe

Zur politischen Diskussion in der Demokratie gehört eine prägnante Sprache, die die eigene Position auf den Punkt bringt, anderen aber den grundsätzlichen Respekt nicht versagt. Heutige Beschimpfungen von Politikern als „Volksverräter“ oder der Medien als „Lügenpresse“ nehmen die antidemokratische Sprache der Zwischenkriegszeit wieder auf. Zahlreiche historische Beispiele gibt es auch für die verhängnisvolle Wirkung abwertender Begriffe zur Ausgrenzung vermeintlich „Anderer“ aufgrund ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung.

Für parlamentarische Demokratie und pluralistische Streitkultur, gegen Populismus

Politische Willensbildung in pluralistischen Demokratien vollzieht sich in öffentlichen Debatten, in denen die Vielfalt politischer Meinungen und sozialer Interessen zum Ausdruck kommt. Ein einheitlicher Volkswille, den dazu Berufene erfassen können, ist dagegen eine Fiktion, die vor allem dem Zweck dient, sich im politischen Meinungskampf

unangreifbar zu machen. In der Weimarer Republik ebnete die Idee des „Volkswillens“ einer Bewegung den Weg zur Macht, deren „Führer“ sich als dessen Verkörperung verstand.

Für ein gemeinsam handelndes Europa, gegen nationalistische Alleingänge

Angesichts der zahlreichen gewaltsam ausgetragenen innereuropäischen Konflikte der Vergangenheit ist die europäische Einigung im Zeichen von pluralistischer Demokratie und unantastbaren Menschenrechten eine der wichtigsten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Auch wenn die Legitimität unterschiedlicher nationaler Interessen außer Frage steht, gefährden nationalistische Alleingänge diese historische Leistung. Ausschließlich nationale Problemlösungsstrategien können den politischen, humanitären, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen einer globalisierten Gegenwart nicht angemessen begegnen. Nicht zuletzt im Lichte der kolonialen Gewalt, die Europäer in anderen Teilen der Welt ausgeübt haben, gilt es, der gemeinsamen Verantwortung für die Folgen unserer Politik im außereuropäischen Raum gerecht zu werden.

Für Humanität und Recht, gegen die Diskriminierung von Migranten

Migration ist eine historische Konstante. Ungeachtet aller mit ihr verbundenen Probleme hat sie die beteiligten Gesellschaften insgesamt bereichert – auch die deutsche. Deshalb ist auf eine aktive, von Pragmatismus getragene Migrations- und Integrationspolitik hinzuwirken, die sowohl die Menschenrechte als auch das Völkerrecht respektiert. Es gilt, das durch die Verfassung garantierte Recht auf politisches Asyl sowie die Pflicht zur Hilfeleistung in humanitären Krisensituationen so anzuwenden, wie es Deutschland nicht nur aufgrund seiner ökonomischen Potenz, sondern auch aus historischen Gründen zukommt.

Für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, gegen den politischen Missbrauch von Geschichte

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eine stabile Demokratie. Dazu beigetragen hat auch, dass die Deutschen nach anfangs erheblichen Widerständen inzwischen mehrheitlich selbstkritisch und reflektiert mit der Geschichte des Nationalsozialismus umgehen. Diesem Prozess hat sich auch unser eigenes Fach erst spät geöffnet. In jedem Fall setzt ein verantwortungsvoller Umgang mit der Vergangenheit die Befunde einer auch zur Selbstkritik bereiten Geschichtswissenschaft voraus, die von politischer Einflussnahme prinzipiell unab-



hängig ist. Ihre Erkenntnisse beruhen auf quellenbasierter Forschung und stellen sich der kritischen Diskussion. Nur so ist es möglich, die historischen Bedingungen unserer Demokratie auch zukünftig im Bewusstsein zu halten und gegen „alternative Fakten“ zu verteidigen.

B1/18-3-4 **Master für internationales Kulturmanagement**

Ab Oktober 2018 bietet die *Leuphana Universität Lüneburg* in Kooperation mit dem Goethe-Institut den neuen, berufsbegleitenden Online-Masterstudiengang „*Arts and Cultural Management*“ an. Künftige Kulturmanagerinnen und Kulturmanager werden darin praxisnah für den Umgang mit globalen Transformationsprozessen in Kulturbetrieben ausgebildet. Das Studienangebot ist **englischsprachig** und richtet sich an Kulturschaffende aus aller Welt. Umfassende **Inhalte** des internationalen Kulturmanagements unter besonderer Berücksichtigung der inter- und trans-

Quelle: <https://www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/resolution-zu-gegenwaertigen-gefahren-der-demokratie.html>

disziplinären Verknüpfung von Kultur- und Wirtschaftswissenschaft bilden den Kern des Programms. Sie setzen sich mit Chancen und Risiken aktueller Entwicklungen wie demographischer Wandel, Digitalisierung oder Globalisierung in Bezug auf Kultureinrichtungen auseinander.

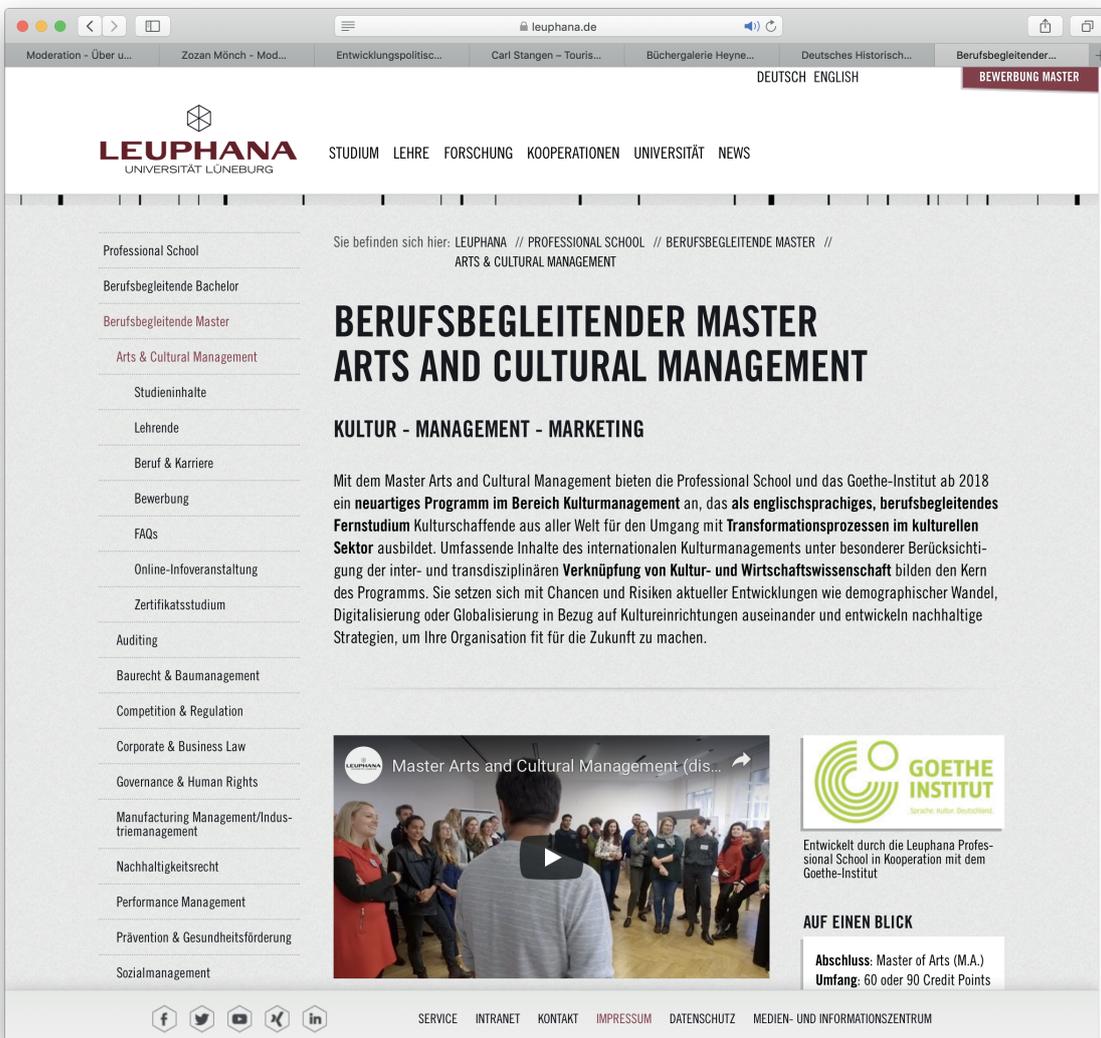
Im einzelnen nennt Leuphana Themen wie

- gesellschaftliche, politische und kulturelle Transformationsprozesse,
- Management, Finanzierung,
- Kulturmarketing, Kommunikation und Branding,
- Organisationsentwicklung,
- Publikumsentwicklung,

- Internationale Kooperationen,
- Markt- und Unternehmensanalyse,
- Kulturrezeption, Kulturtheorie,
- Recht im Kulturbetrieb,
- Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung,
- Kulturpolitik.

Kontakt: <https://www.leuphana.de/professional-school/berufsbegleitende-master-mba/arts-and-cultural-management.html?mobile=1>

Quelle: ifa 26-26.3. 18—17:19



The screenshot shows the website for the Master of Arts and Cultural Management at Leuphana University Lüneburg. The page layout includes a top navigation bar with the university logo and menu items like 'STUDIUM', 'LEHRE', 'FORSCHUNG', 'KOOPERATIONEN', 'UNIVERSITÄT', and 'NEWS'. A sidebar on the left contains a list of program areas. The main content area features the program title, a breadcrumb trail, and a detailed description of the program. A video player is embedded at the bottom of the main content area.

**BERUFSBEGLEITENDER MASTER
ARTS AND CULTURAL MANAGEMENT**

KULTUR - MANAGEMENT - MARKETING

Mit dem Master Arts and Cultural Management bieten die Professional School und das Goethe-Institut ab 2018 ein **neuartiges Programm im Bereich Kulturmanagement** an, das **als englischsprachiges, berufsbegleitendes Fernstudium** Kulturschaffende aus aller Welt für den Umgang mit **Transformationsprozessen im kulturellen Sektor** ausbildet. Umfassende Inhalte des internationalen Kulturmanagements unter besonderer Berücksichtigung der inter- und transdisziplinären **Verknüpfung von Kultur- und Wirtschaftswissenschaft** bilden den Kern des Programms. Sie setzen sich mit Chancen und Risiken aktueller Entwicklungen wie demographischer Wandel, Digitalisierung oder Globalisierung in Bezug auf Kultureinrichtungen auseinander und entwickeln nachhaltige Strategien, um Ihre Organisation fit für die Zukunft zu machen.

AUF EINEN BLICK

Abschluss: Master of Arts (M.A.)
Umfang: 60 oder 90 Credit Points

Bz/18-3-4 Zivilgesellschaft gegen Hass und Feindbilder im Internet

Das Internet ist bekanntlich eine Hauptbrutstätte und Kampfzone von Feindbildern. Bereits Anfang 2017 war im Internet eine **Initiative #NichtEgal** gestartet, um Hass und Feindbildverwendung im Internet einzudämmen. Im Mai 2018 ist **#NichtEgal** als eine Initiative von **YouTube** für Toleranz und Respekt im Netz in die zweite Runde gegangen – mit einer Reihe von Unterstützern (*jugend.beteiligen.jetzt*, *Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM e.V.)*, *klicksafe*, *medienblau* und *Digitale Helden*) und mit **Bundesfamilienministerin Giffey** als Schirmherrin. Die Initiative wirbt für einen respektvollen Meinungsaustausch im Netz und im Alltag und setzt sich für ein gutes Miteinander auf *YouTube* und darüber hinaus ein.

Gemeinsam mit medienpädagogischen Partnern sollen ca. zehntausend Schülerinnen und Schüler an 60 Schulen in allen 16 Bundesländern eine „respektvolle Debattenkultur im Alltag und im Netz sowie einen fairen Umgang im Meinungsaustausch untereinander“ lernen; 21 *YouTube* „Creators“ sind dabei. Auf diese Weise sollen über 1.500 Schülermentoren als „Experten für Toleranz und Demokratie im Netz“ ausgebildet werden. Sie produzieren selbst Videos zum Thema. Interessierte konnten sich auf der Website von *medienblau* bewerben. Auf der Webseite von **#NichtEgal** werden die Grundsätze der Initiative erläutert.

Schulen finden Materialien für eigene **#NichtEgal-Workshops** zum kostenlosen Download auf *nichtegal.withyoutube*. So können an jeder Schule Mentorinnen und Mentore in eigener Regie ausgebildet und Aktionstage durchgeführt werden.

jugend.beteiligen.jetzt will dadurch „eine lebendige Beteiligungskultur im Alltag von Jugendlichen“ fördern. Die Organisation schreibt dazu:

Junge Menschen sollen ermutigt werden, sich ihre eigene Meinung zu bilden, diese anderen mitzuteilen und an Debatten teilzunehmen, die eigene Rolle im digitalen Raum zu reflektieren und eine Wertediskussion anzuregen. Jede*r muss und soll das Recht haben, eigene Positionen sachlich und mit Argumenten vertreten zu können – auch und gerade im Angesicht von Hass, Diskriminierung und Hetze gegen Dritte. Es geht dabei auch um die

#NichtEgal: YouTube startet Initiative für mehr Respekt und offene Debattenkultur im Netz (Video)

Veröffentlicht am 17. Mai 2018 von Jens



Art des Umgangs miteinander, um positives aktives Verhalten, um ein Mitgestalten der Demokratie durch aktive Teilhabe an Diskursen und um mutige Reaktionen auf negatives Verhalten anderer.

In die Motivationen und normativen Vorstellungen der Mitstreiter geben einige Stimmen auf *nichtegal.withyoutube.com/creators* Einblick:

„**Toleranz** ist die erste Stufe auf der Treppe, die vorbei an **Respekt**, Hoffnung und Nächstenliebe in eine bessere Zukunft für uns alle führt!“

„Jeder hat das Recht darauf, er selbst zu sein und so akzeptiert zu werden.“

„Freie Meinungsäußerung ist ein unverzichtbares Grundrecht, bei dem **Toleranz** und gegenseitiger Respekt aber nie außen vor bleiben sollten.“

„Wir alle sind anders, so langsam sollten wir uns doch arrangieren damit. Mir sind Menschen und ihre Gefühle **#NichtEgal**.“

„Es ist **#NichtEgal**, dass wir immer mehr verlernen, mit unseren Mitmenschen einen konstruktiven **Austausch** zu pflegen.“

„**Vorurteile** bauen Mauern – gemeinsam reißen wir sie ein!“

„Wir bringen Hass zum Schweigen, indem wir **Liebe** zeigen.“

Quellen: *nichtegal.withyoutube.com*; <https://jugend.beteiligen.jetzt/aktuelles/news/nichtegal-initiative-fuer-toleranz-und-respekt-im-netz> (PM „News“ 22.05.2018); *Pressemitteilung via googlewatchblog.de* (<https://www.googlewatchblog.de/2018/05/nichtegal-youtube-initiative-respekt/>, dort auch obiger Screenshot).



A. Afrika

A1/18-3-4 „... eine Riesenchance“

Bundeslandwirtschaftsministerin JULIA KLÖCKNER, schon seit ihrem Studium in der CDU, hat anlässlich des Afrika-Deutschland-Gipfels in Berlin am 30.10. Afrika als eine Riesenchance für die deutsche Landwirtschaft und für deutsche Unternehmer bezeichnet. „Zwei Drittel der Bevölkerung Afrikas sind Landwirte. Landwirtschaft ist damit ein entscheidender Schlüssel für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.“ Außerdem rechnet sie damit, dass sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf 2,6 Md. verdoppelt haben wird. Sie sieht eine moderne, nachhaltige und ertragreiche Landwirtschaft als „ganz konkrete Fluchtursachenbekämpfung“. Gefragt ist Wissenstransfer – einmal in Form von „begleiteter Anwendung und Entwicklung“ („Da stehen oft moderne Traktoren auf dem Acker und verrostet, weil die Hydraulik kaputt ist, aber es weit und breit niemanden gibt, der das repariert.“), und auch als Transfer des Systems dualer Ausbildung („Ein großer Teil der Ernte geht verloren durch falsche Lagerung, fehlende Kühlung oder schädigenden Transport. Hier können afrikanische Bauern lernen, wir im Gegenzug [!] müssen die Kompetenzen vermitteln.“).

Angesprochen auf die berüchtigten Exportsubventionen, antwortet Ministerin Klöckner, die gebe es seit 2013 nicht mehr. „In ihren Abkommen ermöglicht die EU den afrikanischen Ländern einen zoll- und quotenfreien Export nach Europa.“ Und: „Deutschland importiert sehr viel mehr Agrargüter aus Afrika als wir dorthin exportieren.“

Angesprochen auf die Frage, ob Kleinbauern neben Großinvestoren bestehen können, grenzt Klöckner die Entwicklungszusammenarbeit des Westens positiv von der Politik der Chinesen ab. Deutschland wolle „afrikanische Kleinbauern schulen und fortbilden, sie damit [...] effizienter machen.“ Zur Wahrheit gehöre jedoch auch die häufig „problematische“ Bodenpolitik afrikanischer Regierungen.

Am Schluss wurde eine Frage gestellt, die an das frühe Programm des SSIP erinnert: „Können deutsche Bauern etwas von afrikanischen lernen?“ – Antwort: „Afrikas Bauern blicken anders auf Natur und Zeit. Vielleicht täte der hiesigen Landwirtschaft ein wenig Entschleunigung gut.“

Quelle: Berliner Zeitung (30.10.2018), S. 6 (Gespräch mit Marina Kormbaki)

A2/18-3-4 Die AWO in Uganda

Der *AWOinternational* baut sein Engagement in Uganda aus. In neuen Projekten soll die Situation von Familien, die von Unter- und Mangelernährung betroffen sind, verbessert werden. Denn die **Ernährungssituation** in vielen Ländern Ost- und

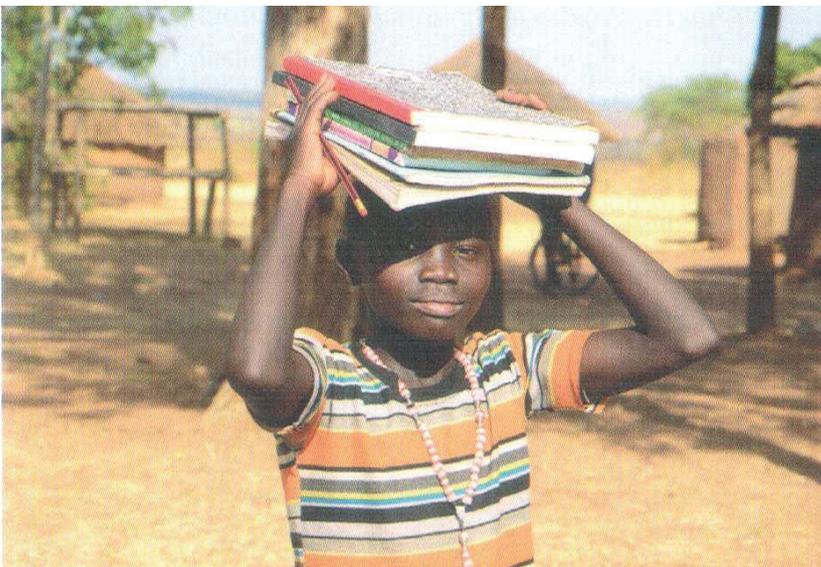
Zentralafrikas wie auch in Uganda bleibe ernst, sagt *AWOinternational*.

Zudem wird die soziale und wirtschaftliche Integration von Geflüchteten im Land unterstützt. Denn trotz dieser prekären Situation nimmt das Land Menschen aus den Nachbarländern auf: Mehr als **eine Million Geflüchtete** leben in Uganda. Mit seinem Hilfsprojekt trägt *AWOinternational* dazu bei, dass 14.000 Kinder und Jugendliche mit Schulmahlzeiten versorgt werden und die Hygienesituation verbessert wird. *AWOinternational* will wie immer eng mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten.

AWOinternational bittet um **Spenden** für sein Engagement in Uganda: Spendenkonto *AWOinternational e.V.*, Stichwort „Afrika“, IBAN DE83 1002 0500 0003 2211 00 (BIC BFSWDE33BER).

Weitere Informationen: www.awointernational.de

Quelle und Bild: AWO Ansicht 4/18



A3/18-34 Interreligiöser Dialog: Beispiel Kamerun

Der „Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit“ (*Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe AGEH*, Köln) berichtet in Heft 2 seiner Zeitschrift *contacts* über gelingende Initiativen des interreligiösen Dialogs in Kamerun. Die Ausgangssituation in diesem Land, das ein Drittel größer ist als die Bundesrepublik, beschreiben die Autoren KODJO AGBALI und PAUL BEITZER folgendermaßen:

Religiöse Vielfalt und Toleranz sind für die meisten Menschen in Kamerun selbstverständlich. Seit Jahrzehnten leben sie in einem kulturell und ethnisch sehr heterogenen Land friedlich zusammen. Durch regionale Konflikte und die Präsenz radikaler Gruppen, wie Boko Haram, werden Religion und Tradition zunehmend zum Instrument politischer und ökonomischer Interessen. Das spaltet die Bevölkerung und schürt Konflikte.

Die beiden Autoren berichten von einem *workshop* mit rund 40 Geistlichen verschiedener Glaubensgemeinschaften in der Provinzhauptstadt Tibati Ende November. Ein lokaler Verein für interreligiösen Dialog, der durch Partnerorganisationen des Zivilen Friedensdienstes, die Kommission „Justitia et Pax“ der Diözese Ngaoundéré und die Kamerunische Vereinigung für interreligiösen Dialog und weitere Vereine der Region ins Leben gerufen worden ist, hatte den *workshop* organisiert. Vereint wollen sich die Vereine dem zunehmenden **Missbrauch von Religion** in politischen Konflikten, in denen es um Macht und Verteilung materieller Ressourcen geht, entgegenstemmen. Regionale Konflikte wie z. B. der Bürgerkrieg in der Zentralafrikanischen Republik seien stark religiös konnotiert. Nach Einschätzung von Kodjo Agbali und Paul Beitzer bedienen sich politische und militärische Akteure dabei gezielt der Polarisierung unterschiedlicher ethnischer Gruppen nach dem Prinzip des „Teile und Herrsche“ mit dem Ziel, eigene Interessen und Privilegien zu sichern.

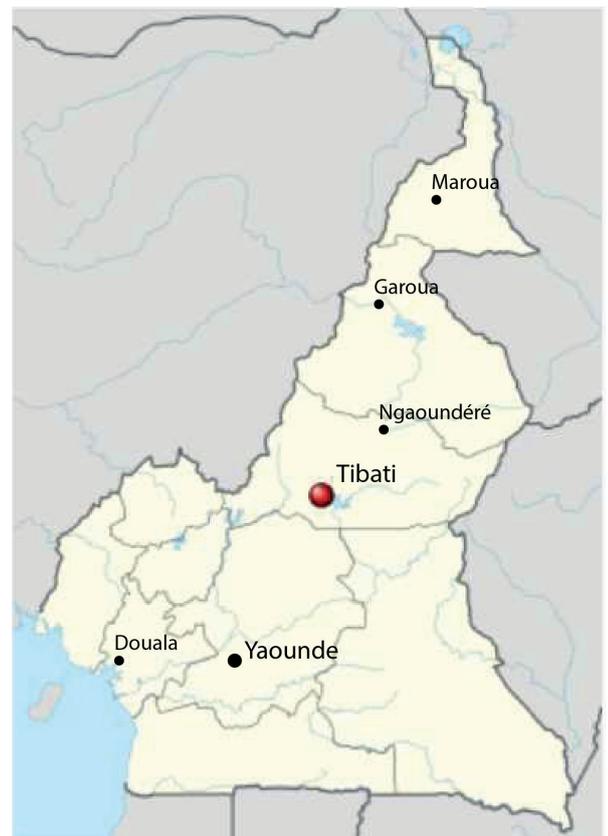
Kamerun nimmt viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus Nachbarländern auf, was die Konkurrenz um die knappen Ressourcen verschärft. Die Interessenkollisionen zwischen Landwirten und Viehzüchtern verstärken – so wird in dem Artikel erklärt – die religiösen Trennlinien. „Gegenseitiges Misstrauen

und Ablehnung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind die Folge.“

Hier hat **die Religion** eine Chance des Konfliktabbaus, wenn religiöse Führer und Gemeinden dazu bereit sind. Das Programm des *workshop* in Tibati machte einen Anfang. Es beinhaltete „Informationen und Gesprächsrunden zum Thema“ sowie praktische Übungen, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „Methoden der gewaltfreien Kommunikation kennenlernten und zur persönlichen Reflexion ermuntert wurden“. Besonders beeindruckend sei die Erkenntnis gewesen, dass es mehr **theologische Gemeinsamkeiten** zwischen Christentum und Islam gebe, als man vermutet habe.

Die beiden Autoren erklären, was in der Provinz beabsichtigt ist: „Eine Maßnahme der Kooperation ist die Gründung und Begleitung lokaler Vereine des interreligiösen Dialogs, gleich dem Verein in Tibati, die unterschiedliche Interessengruppen zusammenbringen. So zählen Geistliche, traditionelle Autoritäten und Vertreter/-innen der öffentlichen Verwaltung zu ihren Mitgliedern, aber auch die Verantwortlichen anderer lokaler Organisationen und Vereine. Ziel ist es, die lokale Bevölkerung bei der Lösung ihrer Ressourcenkonflikte zu unterstützen, **Vorurteile abzubauen** und der zunehmenden religiösen **Polarisierung entgegenzuwirken**.“

Quelle: AGEH *contacts*
53, 2 (2018)



A

E. Europa

E1/18-3-4

Wie angemessen spiegeln europäische Politiker in ihrem Reden und Handeln die Stimmung der Bevölkerung ihrer Staaten?

Das Pew Research Center in Washington, D.C. hat Anfang des Jahres hinsichtlich der Akzeptanz einer liberalen Flüchtlingspolitik weltweit eine Umfrage durchgeführt, die auch einige europäische Länder umfasst und einige überraschende Zahlen ergeben hat. Die Arbeit, die unter der Leitung von Phillip Connor stand, beruht auf nationalen Umfragen bei eintausend Personen in jedem Land. Die zwei Fragen, die gestellt wurden, lauteten:

- Q53a. *Thinking about immigration, would you support or oppose (survey country) ____? a. taking in refugees from countries where people are fleeing violence and war?* und:
- Q41b. *Do you approve or disapprove of the way the European Union is dealing with ____? b. the refugee issue*

E

	support	oppose	don't know/ refuse	total
Spain	86	13	1	100
Netherlands	83	15	3	100
Germany	82	16	2	100
Sweden	81	16	3	100
France	79	20	2	100
Mexico	79	17	4	100
Canada	74	22	4	100
United Kingdom	74	22	4	100
Australia	72	23	5	100
Greece	69	27	4	100
United States	66	29	6	100
Japan	66	27	8	100
Italy	56	32	12	100
Poland	49	36	14	100
South Africa	48	50	2	100
Russia	41	47	12	100
Israel	37	57	6	100
Hungary	32	54	14	100

Mit der zweiten Frage ist kaum etwas anzufangen, weil nichts über die Gründe bekannt ist, aus denen die Befragten antworteten, wie sie antworteten. Die meisten Befragten in EU-Ländern waren jedenfalls mit der Art und Weise, wie ihre Politiker mit der Flüchtlingsfrage umgingen, nicht zufrieden. Die Ablehnung ist in Griechenland so groß wie in Schweden und in Ungarn (80–90%) und beträgt in den Niederlanden, dem Staat mit der größten Nachsicht, immer noch 58%.

Die Antworten auf die erste Frage werden hier wiedergegeben, geordnet nach dem Grad der Zustimmung:

Die Gruppe der Länder, wo mehr als $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung anscheinend die Aufnahme von Kriegsflüchtlings befürworten, führt Spanien an. Auch in Deutschland ist die Zustimmung weit größer, als Teile der Medien und viele Politikeräußerungen es erwarten ließen und es die populistische Erregung in den Medien nahe legt.

In den Ländern, wo die Zustimmung bei knapp der Hälfte oder darunter liegt, ist auch (mit Ausnahme von Israel und Südafrika) die Quote der Nicht-Antwortenden erhöht, was auf Unsicherheiten in der Meinungsbildung hindeuten könnte.

Auffällig ist auch ein Kontrast, den es zwischen Italien und Griechenland gibt, zwei Ländern, in denen die Last, die Geflüchtete mit sich bringen, besonders hoch war und die dabei wirtschaftlich beide auf besonders schwachen Beinen stehen.

Das PEW-Institut hat ähnliche Umfragen auch 2016 und 2017 vorgenommen.

Quelle: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/09/19/a-majority-of-europeans-favor-taking-in-refugees-but-most-disapprove-of-eus-handling-of-the-issue/>

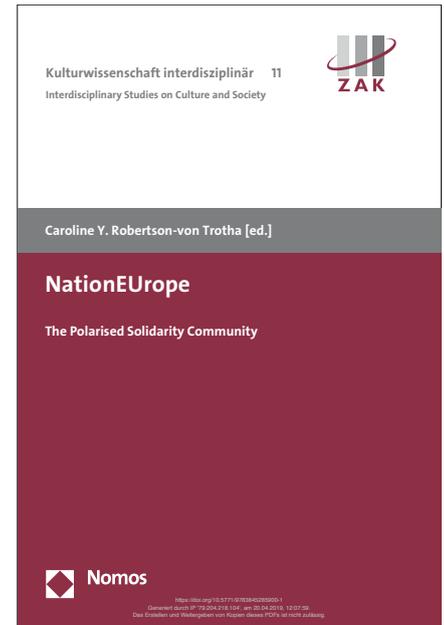
Ez/18-3-4 Europa – polarisiert

Bereits im 19. Jahrhundert imaginierte der französische Schriftsteller Victor Hugo die „Vereinigten Staaten von Europa“. Heute, 60 Jahre nach ihren tatsächlichen Anfängen, kann die Europäische Union auf beachtliche Errungenschaften wie das Schengen-Abkommen, die Währungsunion, die Freizügigkeit für EU-Bürgerinnen und -Bürger und eine gemeinsame Politik auf vielen verschiedenen Ebenen zurückblicken. Diese wichtigen Erfolge können jedoch kaum als Selbstverständlichkeit gelten. [...] Unter dem Titel „NationEUrope: The Polarised Solidarity Community“ blickt Band 11 der Schriftenreihe „Kulturwissenschaft interdisziplinär“ kritisch auf die sozialen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa. Das Spektrum reicht von den Hoffnungen und Zielen von Migrantinnen und Migranten, den Auswirkungen der Finanz- und Flüchtlingskrise, über den zunehmenden Nationalismus, Rechtsextremismus und -populismus in Europa und der Türkei bis hin zu den derzeitigen europäischen Unabhängigkeitsbestrebungen, den Ansätzen für ein globales Bürgermeisterparlament und der Lösungsfindung zum Erhalt der europäischen Einheit. Entlang dieser Themen befasst sich die Publikation mit den Spannungen in Europa sowie deren Auswirkungen auf die globale Gemeinschaft.

Die Autorinnen und Autoren, Megha Amrith, Hatem Atallah, Benjamin R. Barber, Lajos Bokros, György Dalos, Jeroen Doomernik, Elisa Ferreira, Ulrike Guérot und Tim Kappelt, Pál Hatos, Ireneusz Paweł Karolewski und Roland Benedikter, Peter Murray, Werner J. Patzelt, Jordi Solé i Ferrando, Ece Temelkuran und Loukas Tsoukalis, versuchen, Lösungen aufzuzeigen, die die ‚Nation Europa‘ aus ihrer Existenzkrise herausführen können.

Das Werk ist herausgegeben von Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, Direktorin des *Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale (ZAK)* an der Universität Karlsruhe (KIT).

Quelle/Text: KIT, Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale, Newsletter 40 (SS 2018)



NationEUrope: The Polarised Solidarity Community, hrsg. v. Caroline Y. Robertson-von Trotha (Kulturwissenschaft interdisziplinär; 11), Baden-Baden: Nomos 2018, 232 S., ISBN-978-3-8487-4321-6, 49,- €.



Prof. Dr. Caroline Robertson-von Trotha,
Foto: Felix Grünschloß 2016

E

E_{3/18-3-4} **Europas Werte – mit Füßen getreten**

„Dublin II“ und „Dublin III“ gelten als Gesetzesfabrikate, mit deren Hilfe wichtige EU-Staaten wie z.B. die Bundesrepublik Deutschland „europäische Werte“, die in Fensterreden beschworen werden, mit Füßen getreten haben. Entgegen allen Bekundungen europäischer Solidarität haben mächtige Nordstaaten der EU allen finanziellen und verwaltungstechnischen Aufwand für Flüchtlinge aus dem globalen Süden auf den Schultern der am wenigsten starken Mittelmeeranrainer abgeladen. Wenn Politiker heute das Auseinanderdriften der EU beklagen, sollten sie sich fragen lassen, was sie

selber **seit den 1990er Jahren** mit dem Dubliner Übereinkommen und seinen Nachfolgern dazu beigetragen haben. Es waren **die Innenminister** der EU-Länder (für Deutschland also Hans-Peter Friedrich, CSU), die endgültig 2012 den Vorschlag, die Überlastung von EU-Mitgliedstaaten dadurch zu vermeiden, dass man Schutzsuchende in andere Staaten umleitete, **ablehnten**. Stattdessen wurde die Einführung eines „Frühwarnmechanismus“ beschlossen, der – wie wir erlebt haben –

grandios versagt hat. Infolgedessen wurde 2015 die deutsche Gesellschaft durch einen zielgerichteten Einwanderungsschub belastet, der – wie wir nachträglich sehen – nur durch die Flexibilität von Gemeindeverwaltungen v. a. kleinerer Kommunen und den spontanen Einsatz vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen abgefedert wurde.

An der fortdauernden Aktualität der verschlungen formulierten Dublin-Verordnungen kann also kein Zweifel sein. Der Berliner Wissenschaftsverlag hat jetzt von ULRICH KOEHLER, Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht, für Verwaltungs- und für Migrationsrecht, ehemaligem Staatssekretär im Ministerium für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, einen „**Praxiskommentar zum Europäischen Asylzuständigkeitssystem**“ herausgegeben, in dem auch die schändlichen Dublin-II- und Dublin-III-Verordnungen nachzulesen sind. Damit ersetzt der Berliner Wissenschaftsverlag zwei einschlägige ältere Publikationen, die *Dublin-II-Verordnung* (2010) und die *Dublin-III-Verordnung mit Kommentar* (2014), die beide wesentlich

geringeren Umfang hatten. Das neue Werk, das fast **800 Seiten** umfasst, enthält

- eine Einführung (20 Seiten) in das Europäische Asylzuständigkeitssystem (GEAS),
- die Verordnungen Dublin II und III in der deutschen Fassung,
- dazu den 450seitigen Kommentar zu Dublin III,
- die Durchführungsverordnung zu Dublin III (20 Seiten) und dazu den Kommentar (50 Seiten),
- sowie im Abdruck die Eurodac-Verordnung über erkennungsdienstliche Maßnahmen an Zuwanderern,
- und die Verordnung (EU 439/2010) zur Einrichtung des *Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen*.

Der Herausgeber und Verfasser enthält sich jeder historischen oder politischen Einordnung der abgedruckten Gesetzestexte. Das heißt nicht, dass manche seiner Darstellungen und Feststellungen nicht durchaus wertend wären. Das beginnt beim ersten Satz der Einführung, wo er das Europäische Asylzuständigkeitssystem als ein „Verteilungssystem“ von Asylantragstellern („strukturell gesehen“), u.zw. zwischen „32 souveränen Staaten“ bezeichnet (so auch S. 223). Die erste Wertung sieht davon ab, dass mit den Dublin-Regelungen keine Verteilung von Asylantragstellern erreicht wird und schon gar keine gerechte, was Koehler im weiteren durchaus einräumt und auch bemängelt. Die Erwähnung der Souveränität der Staaten kann nur als dezente Sympathieerklärung für den Nationalstaat verstanden werden, da die bisherige Logik und Praxis der EU darauf angelegt ist, nationalstaatliche Normen zu überspielen, was Koehler keineswegs leugnet und in seinem „Ausblick“ tatsächlich als ein rationales Leitprinzip für ein zukünftiges europäisches „Migrationsmanagement“ empfiehlt. Am Ende seiner Einführung, beim „Ausblick“ reproduziert er unverhohlen **xenophobe Stereotype**, wenn er Asylsuchenden in Europa – wenngleich bezogen auf „einzelne, in der Regel abgelehnte Asylbewerber“ – unterstellt, sie zögen von Land zu Land und legten es darauf an, auf Kosten des europäischen Wohlfahrtssystems gut zu leben. Für diese „Einzelfälle“ wendet er immerhin acht Zeilen auf.

Davon abgesehen, ist die 20seitige Einführung in die Geschichte der Dublin-Abkommen sehr nützlich. Der Autor hat versucht, das Gestrüpp der Kürzel und Aktenzeichen nicht allzu undurchdringlich bleiben zu lassen. Auf der anderen Seite wird das Verständnis erschwert durch eine Unzahl

Ulrich Koehler, *Praxiskommentar zum Europäischen Asylzuständigkeitssystem. Dublin III-Verordnung, Durchführungsverordnung zur Dublin III-Verordnung, Eurodac-Verordnung, Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)*, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2018, 780 S., ISBN 978-3-8305-3807-3, geb. 98,- € (auch als e-book erhältlich).

von grammatischen und Kommafehlern. Man fragt sich, warum der Jurist, der sich schon im Vorwort charmant für seine „sprachlichen Eigenheiten“ entschuldigt, seinen Text nicht von einem nicht-juristischen deutschen *native speaker* hat korrigieren lassen. Zwar erlaubt die 1996 eingeführte Rechtschreibung das Weglassen von Kommata zwischen Hauptsätzen; die Einführung hier ist indes ein Beispiel dafür, dass diese Regelbestimmung insbesondere in juristentypisch überlangen Sätzen das Verständnis der logischen Beziehungen innerhalb eines Satzes erschwert bzw. den Schreiber selber dazu verführt, sich in ihnen zu verhaspeln. Solche sprachliche Schwächen tauchen in den Kommentaren ebenfalls auf, wenn auch nicht so massiv.

Koehler lässt immer wieder durchblicken, dass der Hintergrund der Dublin-Übereinkünfte und damit der Misere, sich von außen kommender Flüchtlinge erwehren zu müssen, die respektable Absicht war, die Binnengrenzen innerhalb der EU abzuschnüren. Die Folgekosten des hehren Ziels der Freizügigkeit von Menschen und Waren nimmt der Jurist nur als Sicherheitsproblem wahr (S.25). Das ist global und historisch gesehen etwas kurzsichtig. Denn die Geflüchteten tauchten als Problem nicht auf, weil Staaten beschlossen, Grenzen abzubauen, sondern sondern weil man Asiaten und Afrikaner in Europa als Bedrohung ansieht und weil diese in Massen auftreten – infolge von massenhaften Problemen politischer und ökonomischer Art, an deren Entstehung die Industriestaaten ihren Anteil haben. Was die heute feilgebotene „Fluchtursachenbekämpfung“ angeht, kann man nicht oft genug darauf hinweisen, dass man 50 Jahre Zeit gehabt hat, „Fluchtursachen zu bekämpfen“. Aber keine Bundesregierung hat z. B. das seit der zweiten UNCTAD-Konferenz **1968** geforderte **0,7%-Ziel**, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben, auch nur annähernd erreicht.

Koehler benennt korrekt Probleme, die sich mit Einwanderung ergeben und die die Politik bisher vor sich hergeschoben hat, obwohl mit den Dublin-Regelungen, die er in den Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte stellt, die **Politisierung der EU** im Sinne der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) stattfand. So bleibt sie die Antwort darauf schuldig, dass „**Verfolgung**“ heutzutage nicht nur durch Staaten vollzogen, sondern vielfach durch nicht-staatliche Akteure

ausgeübt wird. Koehler lässt außerdem erkennen, dass im Zuge der Globalisierung mit der Erhöhung von Profiten und der Vertiefung von Elend die Begriffsbestimmung „Asylsuchender“ im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention unzureichend geworden ist; es drängt sich auf, dass „äußerste materielle Armut“ ein anerkannter Asylgrund ist (S.35, 36). Trotz aller juristischen Normierungen ist also politisch ungeklärt, **wer Asylbewerber ist**. Das Problem einer gerechten Verteilung von Asylsuchenden bzw. Migranten innerhalb der EU sieht Koehler nicht in der mangelnden Solidarität der Staaten der Gemeinschaft untereinander, sondern (S. 31) darin, dass eine **Quotenregelung** evtl. dazu führen würde, dass Migranten in ein Land verteilt werden, in dem sie nicht leben wollen:

Allerdings muss man beachten, dass es sich bei diesem Rechtsgebiet um ein spezielles Menschenrecht handelt, so dass die Asylbewerber nicht in einem Land „einzusperren“ sind.

Zu der Entwicklung, dass die EU-Staaten, die Außengrenzen nach Süden haben, „regelmäßig [...] ‚überschwemmt‘ werden“, stellt er nüchtern fest, dass sich die Alternative, die vom Europäischen Flüchtlingsrat gefordert wurde, bei den Mitgliedsstaaten „nicht durchgesetzt“ habe (S. 42):

Die Europäische Kommission wies in den Gründen zu der Verordnung [Dublin III] darauf hin, dass für die Prüfung eines Asylantrages in erster Linie der Mitgliedsstaat zuständig ist, in den der Antragsteller erstmalig einreist, so dass auch der Kommission bewusst war, dass die Staaten an den Grenzen des Schengenraums einer besonderen Belastungen [sic] ausgesetzt sein könnten.

Mit den Dublin-Regelungen scheint dem Juristen und Richter im Grunde nicht ganz wohl zu sein, obgleich er ihre Tendenz, den Asylbewerber nicht nur als Objekt von Verwaltungshandeln, sondern auch als eigenständiges Subjekt zu begreifen, immer wieder herausarbeitet. Aber ist die Schlussfolgerung, eine Alternative zum bestehenden Dublin-System bestehe prinzipiell darin, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) aufzugeben, ist die Rückkehr in die „Kleinstaaterei“ zwingend? Im Anschluss an Diskussionen in der Europäischen Kommission im Jahr 2016 nennt er Modifikationen an der Dublin-Verordnung, die in einer Stärkung der

E

zentralen Funktionen der EU resultieren würden. Nicht ohne Sympathie scheint er dem Gedanken gegenüberzustehen, die EU auch für Menschen zu öffnen, die aus „anderen Gründen“ als denen der Genfer Konvention in die EU wollen. Für sinnvoll hält er es offenbar, „legale und sichere Wege nach Europa anzubieten“, und für wünschenswert, dass Asylanträge schon außerhalb des Schengenraums gestellt werden können.

Der Band des Berliner Wissenschaftsverlages ist ein nützliches juristisches Handbuch für denjenigen, der sich über die Details der Verordnungen und die juristischen Verästelungen bei ihrer Auslegung informieren will. Es enthält ein (nicht ganz vollständiges) Abkürzungsverzeichnis, ein

Verzeichnis der wichtigsten Literatur und ein gut benutzbares Sachregister. Alles in allem scheint der Verlag vorwiegend an Juristen und Praktiker der Verwaltung als Adressaten gedacht zu haben. Für den Politologen wäre es aufschlussreich, Begriffe wie „gemeinsamer Raum des Schutzes und der Solidarität“ (Dublin III, Erwägungsgrund 7) als Resultate politischer Aushandlungsprozesse zu verfolgen. Für den Sozialwissenschaftler wäre es ergiebig, die Dublin-Regelungen an der Erfahrung von Sozialarbeitern, Ethnologen und Beratungsstellen zu messen. Hier bietet der Praxis-kommentar von 2018 eine Grundlage für weitere Analysen an der Schnittstelle von verwaltungstechnischer und politischer Praxis. AT

F. Aus der Forschung

F1/18-3-4 **Demokratisches Regieren**

Was heißt „Regieren“? Und was heißt „demokratisches Regieren“? Diese Fragen sind Thema der neuesten Veröffentlichung des Potsdamer Politikwissenschaftlers HEINZ KLEGER, der politologische Grundlagenforschung betrieben hat und gerade emeritiert wurde. Ein Schwerpunkt von Klegers Arbeiten war immer der Begriff des Politischen.

Eine demokratische politische Theorie stellt die abwechselnde Regierung der Demokratie in den Mittelpunkt. Es geht ihr darum, die regierende

Demokratie in verschiedenen Hinsichten möglichst stark zu machen. Eine gute Regierung gehört auch dazu. Aber wie viel Demokratie benötigt eine gute

Regierung? Welche Elemente einer Demokratie der Bürger können wie gestärkt werden?

Prof. Dr. Heinz Kleger entwickelt und unterstützt ein partizipatorisches Bürgerbewusstsein, welches realistisch bleibt. Bürger im Sinne von *Citoyens* – das sind Staatsbürger, wobei Bürgerschaft nicht auf den Staat fixiert ist. Klegers Verständnis von Staatsbürgern ist ein reales; er sieht sie nicht ideal. Sie kommen in die Offensive, wenn sie politisch werden, was der Grund demokratischen Regierens ist.

Quelle: Nomos-Verlag



Heinz Kleger, *Demokratisches Regieren. Bürgersouveränität, Repräsentation und Legitimation* (Baden-Baden: nomos 2018), 495 S., Broschiert, ISBN 978-3-8487-4923-2, 69,- € (German and European Studies of the Willy Brandt Center; Band 9)

F2/18-3-4 Datenbank „Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland“

Das *Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien* (IMIS) der Universität Osnabrück erfasst alle Forschungsprojekte, die Aspekte von Flucht und Flüchtlingen untersuchen, d. h. Drittmittelprojekte, von Einrichtungen intern oder durch Stipendien finanzierte Projekte sowie Habilitationen und Dissertationen, sofern die Forschung mit einer Stelle oder einem Budget ausgestattet ist; sie müssen eine Mindestlaufzeit von drei Monaten aufweisen und an einer Forschungseinrichtung (Hochschule, Institut, Stiftung oder Ähnliches) durchgeführt werden. Gerne können Hinweise auf neue Forschungsprojekte an die Kontaktadresse fft-imis@uni-osnabrueck.de gesendet werden.

Die **Datenbank und Forschungslandkarte** „Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland“ versammelt inzwischen Angaben zu über 600 Projekten aus allen Disziplinen und Bereichen der Flucht- und Flüchtlingsforschung. Um die Datenbank aktuell und für alle Interessierten relevant zu halten, bittet das IMIS alle einschlägig Forschenden, die Angaben zu ihren Forschungsprojekten – z. B. Outputs, die aus dem Projekt generiert wurden (Publikationen etc.), oder Projektverlängerungen – zu **aktualisieren** und Angaben zu Forschungsprojekten im Bereich der

Flucht- und Flüchtlingsforschung, die noch nicht gemeldet sind, dem IMIS mitzuteilen.

Abfrageformulare sind auf der Homepage zu finden unter <https://flucht-forschung-transfer.de/map/#help-us>. Aus Datenschutzgründen ist es wichtig, dass die Projektverantwortlichen die letzte Seite ausdrucken, ausfüllen, unterschreiben und als Scan zumailen. Die Formulare gibt es auf Deutsch und auf Englisch. Die Datenbank ist Teil des BMBF-geförderten Forschungsprojekts „Flucht: Forschung und Transfer“, durchgeführt vom IMIS und dem *Internationalen Konversionszentrum Bonn* (BICC).

Text/Quelle: IMIS (Dr. J. Olaf Kleist, FFT-Projekt Koordinator), <https://flucht-forschung-transfer.de/>, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück, Seminarstr. 19 a/b (Raum 02/304), 49069 Osnabrück, Tel. 0541/969-4428, Fax 0541 / 969-4380, www.jolafkleist.net, twitter.com/JolafKleist

F

The screenshot displays the website 'Flucht: Forschung und Transfer' (Flucht: Research and Transfer) with the subtitle 'Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland'. The page features a navigation menu with options: Projekt, Forschungslandkarte, Publikationen, Veranstaltungen, Medien, and Links. A search bar is present with the text 'Suchbegriff' and a search icon. Below the search bar are filter options: 'Filter anwenden' and 'Filter zurücksetzen'. A dropdown menu for 'Alle Bundesländer' is visible. The 'Themen' section includes checkboxes for 'Aufnahme und Integration', 'Flüchtlingspolitik', 'Gewaltmigration', and 'sonstiges'. The 'Schlagworte' section is empty. Below are sections for 'Forschungsregion', 'Forschungseinrichtung', 'Disziplinen', 'Projektart', and 'Forschungsfinanzierung'. At the bottom, it states 'Gefördert durch:' followed by the logo of the 'Bundesministerium für Bildung und Forschung'.

The main content area shows a map of Germany with numerous colored pins (red, blue, orange) indicating project locations. The pins are numbered, representing the count of projects at each location. The map includes a scale bar for 100 km and a legend at the bottom: a red pin for 'Forschungseinrichtung', a blue pin for 'Finanzierende Institution', and an orange circle for 'Mehrere Institutionen'. The map also shows neighboring countries: NIEDERLANDE, BELGIEN, LUXEMBURG, and TSCHECHIEN.

F_{3/18-3-4} **Philosophie mit Praxis**

Aus dem *MenschenRechtsZentrum* der Universität Potsdam ist eine neue Publikation, die vor Kurzem beim Universitätsverlag Potsdam erschienen ist, zu melden:

Ulrike Mürbe / Norman Weiß (Hrsg.), *Philosophie der Menschenrechte in Theorie und Praxis. Über Aufgaben und Grenzen praktischer Philosophie vor dem Hintergrund menschen- und völkerrechtlicher Wirklichkeiten* (Studien zu Grund- und Menschenrechten; 18), Potsdam: Universitätsverlag 2018, 307 Seiten, 13,50 €, ISBN-978-3-86956-419-7.

Der Band „**Philosophie der Menschenrechte** in Theorie und Praxis“ vereint sechzehn Texte, acht Beiträge mit jeweils einem Kommentar, die in der Dialogform von Beitrag und Kommentar Teilaspekten der Leitfrage nachgehen. Diese lautet, ob und inwieweit der praktischen Philosophie die Aufgabe zukommt, politisches Geschehen konkret zu kommentieren und Vorschläge für die Implementierung menschenrechtstheoretischer Annahmen zu machen.

In welcher Beziehung steht die praktische Philosophie zur **Wirklichkeit der Menschenrechtsfragen** in Recht und Politik? Wie kann und soll sie sich ihrem komplexen Gegenstand nähern? Wie lässt sie sich als anwendungsorientierte Disziplin denken, die jenseits reiner Begründungsdiskurse einen Beitrag zur globalen Stärkung der Menschenrechtsidee leistet? Der Sammelband will damit

zum Nachdenken über das Selbstverständnis zeitgenössischer Menschenrechtsphilosophie anregen.

„In jeder Stellungnahme zu menschenrechtlichen Fragestellungen muss einer Vielzahl an Phänomenen, Prozessen und Zusammenhängen Rechnung getragen werden,“ sagt Ulrike Mürbe, Mitherausgeberin des Bandes. Die Beschäftigung mit multidimensionalen Gegenständen moralischen, politischen, rechtlichen und historischen Charakters erfordere den Austausch zwischen Philosophinnen/Philosophen, aber auch zwischen Philosophinnen/Philosophen und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern anderer Disziplinen. Norman Weiß, der zweite Mitherausgeber, ergänzt: „Mit dem Band wollten wir uns deshalb bewusst vom Konferenzgeschehen abkoppeln und einen Reflexionsraum eröffnen, in dem ältere und jüngere Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler diese Fragen in Ruhe erörtern können.“

Der Band kann in jeder Buchhandlung bestellt werden sowie auch *online* unter <https://shop.verlag.uni-potsdam.de/shop/philosophie-der-menschenrechte-in-theorie-und-praxis/>; der Link zur E-Book-Version lautet: „urn:nbn:de:kobv:517-opus-402732“.

Quelle: MRZ 11.10.18–10:24.

I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten

I_{1/18-3-4} **In Grenzzonen**

Das Dazwischen-sein, der Übergangs- oder Schwellenzustand (**Liminalität**) hat, übernommen aus der Ethnologie, seinen Eingang in den Wortschatz der Sozialwissenschaften gefunden. Weitere Forschung darüber ist nun möglich, nachdem die Volkswagen-Stiftung dem *Zentrum Moderner Orient* (Berlin) für drei Jahre ein Projekt mit dem Titel *Liminal Spaces as Sites of Socio-cultural Transformation and Knowledge Production in the Arab World* genehmigt hat. Jetzt arbeiten am ZMO Wissenschaftler aus Marokko, Palästina und Ägypten zusammen (Leitung: Prof. Dr. Ulrike Freitag, Koordination: Jan Brauberger, Dr. Sarah Jurkiewicz). Sie untersuchen bestimmte Orte im Hinblick auf politische, soziale und kulturelle

Übergangsprozesse. Dazu gehört auch die Art und Weise, wie in diesen Transformationen und als Antwort auf sie Wissen produziert wird.

So untersucht das ägyptische Team, wie Individuen und unabhängige Agenturen **Kultur produzieren**, wenn der Staat sich von der Unterstützung der Kulturszene zurückzieht. Was tun dann Bürger in unterschiedlichen medialen Kanälen? Es werden *online* Karikaturen verbreitet, dschihadistische Propagandafilme übersetzt, im öffentlichen Raum tauchen in ungewöhnlichen Formen Nachrichten und Werbebotschaften auf. Ein marokkanisches Projekt beobachtet die Situation von **Migranten** an den Grenzen nordafrikanischer Staaten. Man versucht, die Komplexität von Inklusions- und Ausschließungsprozessen in migrantischen

Gruppen dort zu verstehen. Das palästinensische Team wendet sich den Flüchtlingslagern in der *West Bank* zu. Es heisst häufig, das seien Orte, an denen in besonderer Weise abseits von formalen Strukturen alternatives Wissen produziert wird. Hier werden soziale und politische **Utopien** ausgedacht, umgewälzt und ausgefochten. So entsteht ein „liminaler Diskursraum“, der sich „normalen“ Formen kultureller Produktion entgegenstellt.

Die Veranstalter hoffen, dass sich um diese Forschergruppe wieder ein lebendiges Netzwerk von jungen Wissenschaftlern aus Deutschland und den arabischen Ländern entwickeln wird.

Quelle: ZMO report



12/18-3-4 Der Islam in Deutschland

Das Sozialwissenschaftliche Institut (SI) der EKD hat im August 2018 unter der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren eine repräsentative Telefonumfrage mit ca. 2.000 Teilnehmern zum Thema „Islam und Musliminnen und Muslime in Deutschland“ durchgeführt (Autorin: PETRA-ANGELA AHRENS). Die Studie wurde am 24. Sept. 2018 vorgestellt. Sie hat 32 Seiten und besteht fast ausschließlich aus Tabellen und Graphiken. Sie gibt, so Petra-Angela Ahrens, „einen repräsentativen und differenzierten Einblick in die Haltung der deutschen Bevölkerung, jenseits aller immer wieder gezeichneten schwarz-weiß-Bilder“.

Zu den hervorstechenden Ergebnissen zählt eine merkwürdige Unterscheidung, die Bundesbürger herstellen, zwischen dem Islam und seinen Gläubigen. Im Bundesdurchschnitt sagen 69 Prozent der Deutschen, dass für sie Muslime „zum Alltagsleben gehören“. Aber dem Islam als Religion attestieren etwas über die Hälfte der Bürger, dass er „nicht in die deutsche Gesellschaft passt“, und genauso viele glauben, dass „unter den Muslimen in Deutschland viele religiöse Fanatiker“ seien. „Diese Diskrepanz hängt möglicherweise“, erklärt die wissenschaftliche Referentin im SI, „auch mit einer insgesamt verbesserungsfähigen Kenntnis des Islam zusammen“, denn 24 Prozent der Deutschen gaben in der Umfrage zu Protokoll, dass sie sehr schlecht oder „eher schlecht“ über den Islam Bescheid wissen. 50% der Befragten

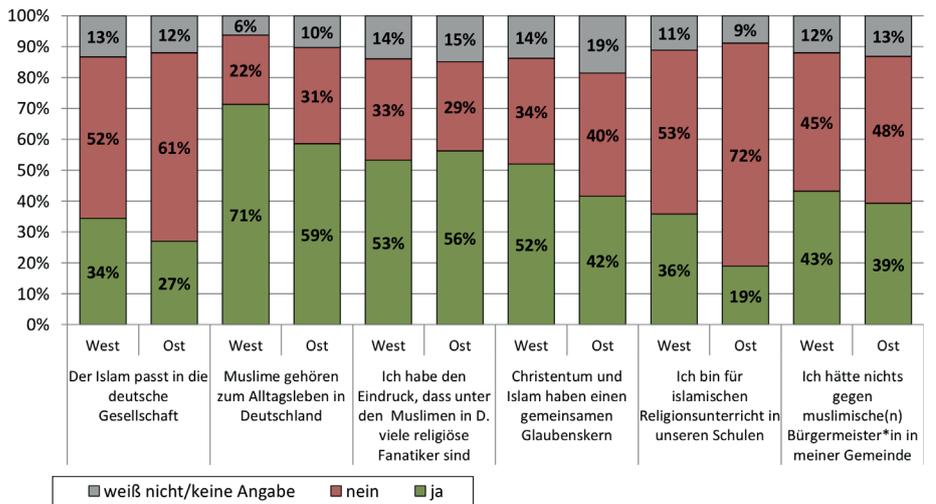
drückten wenigstens ihre Überzeugung aus, dass Christentum und Islam „einen gemeinsamen Glaubenskern“ haben. Die Aussage, dass Muslime „zum Alltagsleben gehören“, klingt jedenfalls nicht unbedingt freundlich oder unbefangen, sondern eher danach, sich abgefunden zu haben, das Unvermeidliche zu ertragen.

Ein weiteres, bereits häufig thematisiertes, aber nach wie vor beeindruckendes Phänomen, welches die Studie einmal mehr belegt, hebt Ahrens ebenfalls hervor: „Bei persönlichem Kontakt zu Muslimen wird auch die Einstellung zu Muslimen und zu ihrer Religion positiver.“ Unter den Befragten mit persönlichem Kontakt zu Muslimen sagten 78 Prozent, dass Muslime zum Alltagsleben in Deutschland hinzugehören.

Dieser Befund bekräftigt die häufig festgestellte Diskrepanz zwischen den alten und den neuen Bundesländern auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung: Dort, wo es am wenigsten persönliche Erfahrung mit Muslimen gibt, ist die Islamophobie am stärksten. Die Ost-West-Unterschiede gehören zu den interessantesten unter den reichhaltigen Ergebnissen der Umfrage (s. Tabelle).

Das Thema beschäftigt die ganze Gesellschaft. Es sind bei allen Fragen konstant etwa nur ein Zehntel der Befragten, die keine Meinung äußern. Die Art der Antworten wirft viele weitere Fragen auf,

Meinungen zu Islam und Muslim*innen nach Bundesgebiet



Ideen oder hielten den Punkt für wichtig. Die Allermeisten setzten dabei auf Gegenseitigkeit (von Austausch, Dialog, gemeinsamen Aktivitäten mit Muslimen); nur jeweils 5 % gaben Antworten, die auf die Forderung einseitiger Assimilation hinausliefen („Anerkennung unserer Regeln/unseres Rechts“, „Anpassung an die deutsche Gesellschaft“).

Einige generelle Linien zeichnen sich ab. Die Jüngeren halten mehr Kontakte zu Muslimen als die Älteren, die 14- bis 18-Jährigen haben mit Abstand am häufigsten Kontakte im Privatbereich (ca. 70 %). Gebildete haben mehr Kontakte als die mit einfacher Schulbildung, und wer in den alten Bundesländern wohnt, mehr als die in den neuen.

Petra Angela Ahrens, *Islam und Muslim*innen in Deutschland*, 2018, S. 28

wahrscheinlich nicht zuletzt, weil die angewendete Statistik anscheinend bivariat und deskriptiv war. Bei einer multivariaten Analyse würde sich das Bild möglicherweise schärfen und würden sich viele Diskrepanzen einer Erklärung öffnen. Zum Beispiel wirkt es eigenartig, dass auf die Bürgermeister-Frage weniger als die Hälfte der Befragten Ablehnung äußerten, wo mehr als die Hälfte den Islam für nicht kompatibel mit der deutschen Gesellschaft hielt. Dass bei den Befragten mit persönlichen Kontakten zu Muslimen auch nur die Hälfte nichts gegen einen muslimischen Bürgermeister hätte (S. 12), erstaunt dann auch wieder.

Die Veranstalter vom SI fragten, wie das wechselseitige Vertrauen gestärkt werden könnte (S. 22, 23). Knapp 20% der Befragten sahen dazu gar keine Möglichkeit. Drei Viertel hatten aber eigene

Was lernt das Fach und die Politik der interkulturellen Kommunikation aus der Umfrage der EKD, die noch viele weitere *items*, insbesondere zu religiösen Fragen, enthielt? Die **Jugend** ist die Hoffnung für interkulturelle Öffnung, **Bildung** ist das Mittel der Wahl gegen nationale Dumpfheit, und die **Interaktion** zwischen Angehörigen unterschiedlicher Herkunftskulturen scheint der natürliche Weg, kulturelle Unterschiede nicht zu Kulturgrenzen sich auswachsen zu lassen.

Quelle: Petra-Angela Ahrens, *Islam und Muslim*innen in Deutschland. — Die Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage* ([Hannover] 24. September 2018: SI-EKD), in: www.siekd.de/dialog-mit-dem-islam-si-studie-belegt-starken-wunsch-der-bevoelkerung-nach-gesellschaftlichem-zusammenhalt/islambefragung-si-ekd-fuer-24-09-18/

I_{3/18-3-4} Der Nahe Osten und Europa

Die Katholische Akademie in Berlin bot Anfang Oktober Raum für eine Diskussion über die Frage „Welche Wege zur Demokratie im Nahen Osten?“ („Zwischen Tunis, Teheran und Raqqa“). Die Kooperationspartner der Katholischen Akademie waren die *Gesellschaft zur Förderung des ZMO* e.V. und die *Humboldt-Viadrina Governance Platform*. Diese waren vertreten durch

- Dr. SONJA HEGASY, *Leibniz-Zentrum Moderner Orient* (ZMO) Berlin,
- Prof. em. Dr. UDO STEINBACH, der ehemalige Direktor des *Deutschen Orient-Instituts* in Hamburg, ein Spezialist für die Türkei und den Iran,

Auf dem Podium saßen außerdem:

- ANNE-BÉATRICE CLASMANN (Berlin), langjährige Kairo-Korrespondentin der dpa,

- DANIEL GERLACH (Berlin), Herausgeber des Magazins „Zenith“,
- KRISTIN HELBERG (Berlin), die sich in Syrien bestens auskennt,
- AKTHAM SULIMAN (Berlin), langjähriger Al-Jazeera-Korrespondent für Deutschland,
- ADNAN TABATABAI (Bonn), Politikberater und Iran-Spezialist.

Das Thema betrifft Deutschland, weil es um die unmittelbaren südlichen Nachbarn der EU geht, und es betrifft die interkulturellen Beziehungen, weil unser Verhältnis zu den Konflikten und Kriegen dort auch durch unser Verständnis von Religion und Demokratie hierzulande wie dort bestimmt wird.

Der Wissenschaftliche Referent an der Katholischen Akademie, Dr. THOMAS WÜRTZ, der in der Einladung herausstrich, dass sich der Raum Nordafrika / Naher und Mittlerer Osten im Umbruch befinde, stellte die Frage: „Was wird das Ergebnis sein? Die Epoche des Umbruchs hatte mit **Iran** (1979) begonnen. Das Ergebnis war eine Islamische Republik; aber niemand kann übersehen, dass im Inneren dieses politischen Systems ein starker Druck wirkt, die säkularen Elemente im Hinblick auf europäische Standards von Bürgerrechten zu stärken. In **Tunesien** haben zivilgesellschaftliche Organisationen in einem intensiven Prozess des innergesellschaftlichen Ausgleichs verhindert, dass das Land politisch in eine religiöse Richtung gesteuert wird. Auch in der **Türkei**, dem **Irak**, **Libyen**, **Bahrain** lassen sich heftige Auseinandersetzungen zwischen liberalen und autokratischen Kräften unterschiedlicher Couleur konstatieren. In **Syrien** hat das Beharrungsvermögen des Ancien Régime (durch äußere Unterstützung) das Streben nach einer bürgerrechtlich begründeten demokratischen Ordnung zunächst zu unterdrücken vermocht und das Land an den Rand des Staatszerfalls gebracht“.

1979 hat in Teheran, sagte UDO STEINBACH, die erste von einer Reihe von Revolutionen, in denen die Völker im Nahen Osten eine selbstbestimmte Politik aufzunehmen versuchten, stattgefunden. Bis heute sei sie unvollendet und das Volk nur eingeschränkt souverän. Das Jahr **2014** in Tunis markiere einen weiteren revolutionären Versuch. Raqqa habe eine Gegenordnung dargestellt und Gleichheit unter religiösem Diktat versprochen. **Der Iran ist ein Dreh- und Angelpunkt** für das zukünftige Schicksal des Nahen Ostens und für die Rolle Europas in dieser Region. Es nennt sich zwar

„Islamische Republik“; aber ADNAN TABATABAI, der ein paar Schlaglichter auf das Land warf, deutete an, dass man das Gewicht, das der Islam in der Bevölkerung habe, nicht überbewerten dürfe.

Demokratie sei dort ein großer Leitwert und habe auch in der politischen Kaste einen positiven Klang. Vieles von der Ambivalenz dieses wichtigen Landes stellte er anhand seiner Eindrücke von den Wahlen 2016 und 2017 dar:

- Im Vorfeld jeder Wahl spiele staatliche Lenkung immer eine große Rolle.
- Die Wahlkämpfe 2016 und 2017 waren intensiv und verliefen in friedlicher Stimmung. Es war eine hohe Wahlbeteiligung und bei den gegebenen Einschränkungen eine hohe politische Differenzierung zu beobachten.
- Die Motivation bei den Wählern müsse als hoch eingeschätzt werden. Der Wahlakt ist aufwendig. Es waren 30 Sitze für das Parlament und 16 Sitze für den Expertenrat zu vergeben, also 46 Namen aufzuschreiben, so dass das Ausfüllen des Wahlzettels bis zu einer Viertelstunde habe beanspruchen können.

Er beschrieb seinen Eindruck vom generellen Regierungsstil so, dass die herrschende Klasse „nach mehr oder weniger langer Zeit“ eine realistische Einsicht, wie den Erwartungen in der Bevölkerung nachzukommen sei, zu entwickeln pflege.

KRISTIN HELBERG stellte Tunesien als Beispiel für einen gelungenen Übergang in die Demokratie dar. Dafür nannte sie folgende Gründe:

- Die Armee hatte kein starkes Gewicht.
- Die Frauenrechte waren stärker verankert als in anderen Staaten der Region und
- zivilgesellschaftliche Strukturen waren stärker ausgeprägt.
- Tunesien war relativ unattraktiv für auswärtige Mächte.
- Akteure, die sich negativ hätten einmischen können, waren in anderen Staaten des Arabischen Frühlings gebunden.

In diesen Darstellungen müssen Iran und Tunesien als Fälle von im Prinzip stabiler Staatlichkeit erscheinen. Hatten wir es beim „IS“ überhaupt mit einem Staatsgebilde zu tun, was die deutsche Verdolmetschung „**Islamischer Staat**“ immer unterstellt, fragte GERLACH, um dies gleich zu verneinen. Im Höchsthall habe *Da'esh*, wie diese Miliz in den arabischen Ländern abwertend genannt wird, über eine Fläche mit 3-4 Mill. Menschen geboten. „Was tut man mit“, fragte

Gerlach, „den Menschen, die unter diesem verfehlten und gescheiterten Versuch gelitten haben, jetzt?“.

Die zukunftsweisenden Entscheidungen hängen – dies schälte sich an diesem Abend immer wieder heraus – an der Verwirklichung von Zivilgesellschaft und Demokratie. In **Syrien** hat, so resümierte KRISTIN HELBERG, das Regime den Staat ersetzt – schlimmer noch: es habe in jedem Einzelnen einen Assad eingepflanzt.

- Es gibt keine mächtige Institution mehr neben dem Assad-Clan.
- Es hat eine Gleichschaltung wie früher bei der Ba'ath-Partei stattgefunden.
- Das Regime funktioniert durch Angst.

Nach sieben Jahren ist die Gesellschaft zerrüttet, Rache und Misstrauen herrschen. Alle als ethnisch, kulturell, religiös markierbaren Gruppen haben sich zu politischen Akteuren gemacht, haben Kleinstaaten innerhalb des Staates gebildet und haben sich bewaffnet. Helberg stellte die Frage: 39 Gruppen sind von den USA mit Waffen ausgestattet worden – Was machen die jetzt? Die einzige Lösung sah sie in einer „vorbehaltlosen **Identitätssuche**“, d. h. „einer radikal offenen Debatte“ über alle Ängste und offenen Rechnungen, damit jeder Einzelne den Autoritarismus in sich selbst überwinden könne, d. h. eine Revolution, die eine wahrhaft

gesellschaftliche ist. Prof. Steinbach hatte in seinem *statement* festgestellt, Religion werde heute im ganzen Nahen Osten funktionalisiert. Der Zielbegriff für die Zukunft des Nahen Ostens müsse indes „säkular“ heißen. Europa mit seinen bürgerrechtlichen Standards und seinem verbalen Eintreten für Menschenrechte habe die Hoffnungen bisher nicht erfüllt. Europa sei in der Krise. Über die Menschenrechte habe auch im politischen Handeln Europas die „Realpolitik“ gesiegt.

Wird es der Westen, die EU, unter den Bedingungen, die in der Podiumsdiskussion deutlich wurden, fertigbringen, Vorstellungen von Zivilgesellschaft und Demokratie zu exportieren? Das westliche Modell von **Demokratie**, gab Helberg zu bedenken, beruhe stark auf dem **Nationalstaat**. Aber funktioniert Demokratie im Nahen Osten evtl. nur regional? Lokale Demokratie wie im **Iran**, wo sie ohne Eingriffe des Wächterrates möglich ist? Prof. Steinbach hatte an einer Stelle der Diskussion aufgerufen, eine neue Staatlichkeit gegen die autoritären Staaten der Vergangenheit zu entwickeln. Damit ist Europa, sind die europäischen Intellektuellen gefordert, über ihre Begriffe von Demokratie, Zivilgesellschaft und politischem Handeln neu nachzudenken. AT

K. Konvi- venz, Koope- rationen

K1/18-3-4 **Globale Partnerschaften in Mecklenburg- Vorpommern**

Das Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e. V. bietet auf seiner *homepage* eine neue Rubrik zum Thema **Globale Partnerschaften**

an. Ziel der Plattform ist der gegenseitige Erfahrungsaustausch von Akteurinnen und Akteuren mit Süd-Nord-Partnerschaften in Mecklenburg-Vorpommern, schreibt der *World University Service*. Entsprechend gibt es Linklisten und Übersichten zu Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), Schulen und Gemeinden mit Süd-Nord-Partnerschaften, Literaturempfehlungen,

Hinweise zu potentiellen Förderinstitutionen und vieles mehr. Interessierten wird ein einfacher Zugang zu Weiterbildungen zum Thema Partnerschaftsarbeit ermöglicht. Das Projekt „Globale Partnerschaften“ unterstützt und stärkt NROs, Schulen, Hochschulen und Kommunen bei der Partnerschaftsarbeit und regt zugleich zu kritischer Selbstreflektion an.

Info: Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e. V., Erich-Schlesinger-Str. 62, 18059 Rostock, Tel. 0381/36767460, info@eine-welt-mv.de, www.eine-welt-mv.de/partnerschaften

Quelle: WUS Rundbrief Bildungsauftrag Nord-Süd Nr. 94 (März 2018), S. 7



K2/18-34 Städtepartnerschaften – insbesondere mit Frankreich

In der ersten Jahreshälfte **2017** haben Mitarbeiter des **dfi** (Deutsch-Französisches Institut) und der **Bertelsmann-Stiftung** eine Bestandsaufnahme von Städtepartnerschaften in Deutschland gemacht und insbesondere eine Fragebogenerhebung zu allen deutsch-französischen Städtepartnerschaften durchgeführt. Die Ergebnisse liegen jetzt in einer 60-seitigen Zusammenfassung vor.

Im Vorwort betonen AART D. GEUS, der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung, und FRANK BAASNER, der Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Europa müsse im Alltag der Bürgerinnen und Bürger greifbar sein. „Die Menschen müssen erfahren, dass sie Teil einer europäischen Gemeinschaft sind. Nur so können sie einen europäischen Bürgersinn entwickeln.“ Hierbei seien Städtepartnerschaften ein zentraler Ansatzpunkt. „Die über Jahrzehnte vorangetriebene politische Integration wird zum Spielball populistischer Gruppierungen, wenn es nicht gelingt, die Bevölkerung an das europäische Projekt zu binden.“

Die Autorin wirft eingangs einen kurzen Blick auf die Gesamtheit der Städtepartnerschaften. Ihre Zahl wird auf 20.000 geschätzt. Zwischen Frankreich und Deutschland bestehen etwa 2.200 vertraglich fixierte Partnerschaften. 1.322 Städte und Kommunen auf beiden Seiten haben sich an der Umfrage beteiligt. Die Erhebung umfasste insgesamt 58 Fragen. Die Ergebnisse sind mit zahlreichen farbigen Graphiken veranschaulicht. Sie sind in drei Hauptkapitel gegliedert:

Panorama der deutsch-französischen Städtepartnerschaften

- Geographische Verteilung und Gründungsdynamik
- Entstehung der Partnerschaften und Stellenwert heute
- Leben in den Partnerschaften
- Organisation und Finanzierung

Was können Städtepartnerschaften leisten?

- Wert und Nutzen der Städtepartnerschaften
- Erfahrungen der Teilnehmer im Rahmen von Austauschmaßnahmen



Städtepartnerschaften – den europäischen Bürgersinn stärken

Eine empirische Studie

dfi
Deutsch-Französisches
Institut

| BertelsmannStiftung

Autorin: Eileen Keller (Deutsch-Französisches Institut) unter inhaltlicher und konzeptioneller Mitarbeit von Céline Diebold (Bertelsmann Stiftung) / Frank Baasner (Deutsch-Französisches Institut), Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2018.

Trends und Herausforderungen

- Entwicklung der Partnerschaften im Zeitverlauf
- Stärken und Schwächen
- Künftige Entwicklung.

Als zentrale Erkenntnisse der Studie sind im „Executive Summary“ folgende Feststellungen zusammengefasst:

- Partnerschaften genießen einen hohen Stellenwert auf kommunaler Ebene.
- Die meisten Partnerschaften sind lebendig und im Zeitverlauf stabil.

K

- Städtepartnerschaften haben sich an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.
- Städtepartnerschaften erreichen alle Bevölkerungsgruppen.
- Städtepartnerschaften erreichen Menschen, die sich nicht *per se* für Europa interessieren.
- Der besondere Mehrwert liegt in der persönlichen Begegnung und dem Kennenlernen der Lebensbedingungen vor Ort.
- Auch mit geringen Sprachkenntnissen gelingt der Austausch.
- Viele Partnerschaften wünschen sich mehr aktive Bürger.

Kontakt Bertelsmann Stiftung: Céline Diebold (Project Manager: Programm Europas Zukunft), Tel. 05241 / 81-81231, celine.diebold@bertelsmann-stiftung.de; Kontakt Deutsch-Französisches Institut: Dr. Eileen Keller (Wissenschaftliche Mitarbeiterin), Tel. 07141 / 9303-10, keller@dfi.de

Quelle und Bild: Bertelsmann-Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256 33311 Gütersloh.

K_{3/18-3-4} Gegenseitige Aufklärung

Das seit einigen Jahren immer wieder angekündigte Buch „Mit und voneinander Lernen der Kulturen – für eine gegenseitige Aufklärung“ ist im November beim Alber-Verlag erschienen. Es ist aus einem Symposium, im Jahr 2010, das der Verein *Spree-Athen e.V.* zusammen mit der *Initiative Humboldt Forum* und der *Stiftung Forum der Kulturen zu Fragen der Zeit* im Berliner „Radialsystem“ veranstaltet hatte und das den gleichen Titel trug, hervorgegangen. Die Herausgeber des Buches, der Philosoph und bildende Künstler Rudolf zur Lippe und der Philosoph Frank Hahn, der zugleich der Vorsitzende von *Spree-Athen e.V.* ist, haben das Transkript des Symposiums um weitere Texte ergänzt. So ist eine sehens- und lesenswerte Sammlung von Beiträgen entstanden.

Trojanow, Galsan Tschinag, Gisela Völger und Wim Wenders.

Die Botschaft dieses Lesebuches ist der Überzeugung, die auch die Gründung des SSIP begleitete, sehr verwandt (Klappentext, Hervorhebungen: SSIP):

Eine Aufklärung der Aufklärung ist allein aus dem europäischen oder westlichen Denken nicht zu leisten. Noch über die Kritik der „Dialektik der Aufklärung“ von Horkheimer und Adorno hinaus wird ein Denken von den Anderen her notwendig: in **Beziehungen** statt in Strukturen, in **Wechselwirkungen**, die noch vor allem Denken sich im Erleben und Wahrnehmen zeigen. In dieser Sicht machen Zeugnisse aus unterschiedlichen Kulturen einige der wiederzugewinnenden Dimensionen menschlichen Lebens, in dem wir mit und von einander lernen, deutlich. Es wird einer Aufklärung in Wechselseitigkeit bedürfen, um die Zukunft unserer gemeinsamen Erde zu sichern.

Dieses Miteinander der Kulturen ist, wie die Herausgeber betonen, „etwas sehr Anderes als der unverbindliche Dialog der Kulturen“.

Quelle: *Spree-Athen Jahresbrief* 20.11.2018—18:07



Die Autoren kommen erfreulicherweise **nicht nur aus Europa**, sondern aus fast allen Kontinenten der Welt. Man kann Texte lesen von Boutros Boutros-Ghali, Catherine David, Souleymane Bachir Diagne, Mamadou Diawara, Kazim Erdogan, Volker Gerhardt, Adrienne Goehler, Frank Hahn, Volker Hassemer, Ranjit Hoskoté, Henrik Jäger, Rudolf zur Lippe, Jacob Emmanuel Mabe, H. Nur Artran, Ryôsuke Ohashi, Karol Sauerland, Felizitas von Schönborn, Bettina Schöne-Seifert, Maria Todorova, Ilja

Rudolf zur Lippe / Frank Hahn: **Mit und voneinander Lernen der Kulturen. Für eine gegenseitige Aufklärung**, Berlin: Alber 2018, 208 S., ISBN: 978-3-495-48856-0, 34,- €.

M₁/18-3-4 **Gute Migranten – schlechte Migranten**

Der neue Fraktionschef der CDU–CSU Ralph Brinkhaus will die Migration „von A bis Z“ steuern. In einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung hat er erwünschte Migranten deutlich von solchen, die nicht ins Land gelassen werden sollten, getrennt. Er sagte, es dürften „keine Menschen ins Land gelassen werden, die uns nicht nachhaltig weiterhelfen“. Die schlechten Migranten sind demnach solche, die keine oder für die Bundesrepublik nicht verwertbare Kompetenzen mitbringen. Der Fraktionschef will die Asyl- und die Erwerbsmigration getrennt sehen.

So äußerte sich der Fraktionschef auf die Frage, was die CDU–CSU mit dem neuen Einwanderungsgesetz, dessen Eckpunkte gerade beschlossen worden sind, vorhat. Brinkhaus sieht das Gesetz als einen Beitrag, den Fachkräftemangel zu beheben. Neu in dem Gesetz sei, dass Fachkräfte auch zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate ins Land kommen dürfen. Voraussetzung sei unter anderem: „Nachweis einer Qualifikation und vor allem Deutschkenntnisse. Das Gesetz soll bezüglich der Einreise zur Arbeitsplatzsuche nach fünf Jahren automatisch auslaufen. Das ist uns als Fraktion ganz wichtig. Denn wir werden intensiv überprüfen, ob die Regelungen nicht dazu missbraucht werden, um un- oder geringqualifizierte Migranten unter Umgehung des Asylrechts ins Land zu holen.“

Frage: Noch ist offen, welche Chance Migranten bekommen, die einen Job haben, aber nur geduldet sind. Stimmt es, dass 176.000 Geduldete die Chance auf einen besseren Aufenthaltsstatus hätten?

Brinkhaus: „[...] schon jetzt kann ein geduldeter Ausländer zu einem gefestigten Aufenthaltsstatus kommen. Die Kriterien dafür sollen klarer gefasst werden. Es darf aber weiterhin keinen Automatismus geben, dass ein geduldeter Ausländer nach einer gewissen Zeit immer einen festen Bleibestatus bekommt. Alles andere wäre eine Einladung zu illegaler Migration.“

Wer der Bundesrepublik nicht nutzt, ist illegal.

Quelle: <https://www.cducsu.de/presse/texte-und-interviews/arbeitsmigration-von-bis-z-steuern> [sic] (23.10.2018)

M₂/18-3-4 **Geflüchtete in den Fahrdienst**

„Nächster Halt: Zukunft“ titelt der ADAC. Im Oktober 2017 riefen die Berliner Verkehrsbetriebe (Bus, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn, Fähren) „BVG“ und die Agentur für Arbeit ein „Pilotprojekt zur Integration von Geflüchteten“ (ADAC) ins Leben. Nur 16 Teilnehmer hatte das Projekt „Geflüchtete in den Fahrdienst“, das Migranten mit Bleibeperspektive eine Ausbildung zum Omnibusfahrer ermöglichen und ihnen so eine berufliche Perspektive in Deutschland bieten soll, bisher. Ein Jahr nach dem Start scheint es ein voller Erfolg. Die 16 Geflüchteten haben allesamt ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen; auf 13 von ihnen wartet eine unbefristete Festanstellung. Die drei anderen haben Anstellungen bei anderen Verkehrsbetrieben gefunden. „Eine Traumquote, die wir selten erreichen. Das ist beispielhaft, auch auf Bundesebene“, sagt Mario Lehwald, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Berlin Süd. Die Berliner Verkehrsbetriebe ihrerseits tun etwas für ihren Nachwuchs: Das Durchschnittsalter der 4.700 Berliner Busfahrer steigt seit Jahren, jeder neue Mitarbeiter wird dringend benötigt.

Quelle: ADAC motorwelt 12/2018, S.92f.



vlnr: Mohamad Khair Al Halabi (42, Syrien), Nwar Al Jairudi (38, Syrien), Zoheir Senad (38, Algerien). Foto: Ruby Images/F. Boillot – <https://nordist-ihrhobby.de/naechster-halt-zukunft/>

M

M_{3/18-3-4} **Eine Afghanistan-Abschiebung glücklich zurückgenommen**

Ununterbrochen schiebt die Bundesrepublik Geflüchtete nach Afghanistan ab, wo noch nicht einmal die deutsche Botschaft ein sicherer Ort ist. In **einem Fall** kann nun Entwarnung gegeben werden. Die SSIP-Mitteilungen haben sich schon mehrfach mit **Ahmad Shakib Pouya (Pouya Raufyan)**, den gelernten Zahnarzt, Krankenpfleger und Musiker, der aus Afghanistan nach Deutschland hatte fliehen müssen, weil er durch seine liberale, pro-westliche Einstellung Zielscheibe für die Taliban geworden war, beschäftigt (zuletzt 2017: s. M4/17-1, s. a. M3/16-4). Das Jahr 2018 hat in diesem Fall einer besonders empörenden, sachwidrigen „Abschiebung“ ein gutes Ende gebracht, in diesem Fall, wo hochrangige Politiker – auch aus der CDU – als Fürsprecher gegen die deutschen Ausländerbehörden auftreten mussten. Formal war diese Abschiebung nicht einmal eine solche, weil die Person, um die es ging, im Heimatland mit dem Tode bedroht, in der Bundesrepublik integriert, in einem Arbeitsverhältnis befindlich, „freiwillig“ zurückgehen musste, um eine Wiedereinreiseperrre zu vermeiden, die unweigerlich die Folge gewesen wäre, wenn Ahmad Pouya abgewartet hätte.

ALBERT GINTHÖR, hauptberuflich Geiger und Vorstandsmitglied des Orchesters des Staatstheaters am Gärtnerplatz München, hatte 2016 die **Deutsche Orchestervereinigung (DOV)** auf Pouyas Fall aufmerksam gemacht. Die Folge: Als erster Kulturverband setzte sich die DOV im **Januar 2017** für Pouya ein. In Briefen an den bayerischen Innen-

minister Joachim Herrmann und die bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm forderte der Geschäftsführer des DOV, Gerald Mertens, ein Bleiberecht für den von den Taliban verfolgten afghanischen Musiker. Erst auf dem Frankfurter Flughafen erhielt er damals einen Aufschub, um bei der Wiederaufnahme von **Zaide. Eine Flucht** in der

Münchner Alten Kongresshalle auftreten zu können.

Wenige Tage später reiste er wie gesagt ‚freiwillig‘ nach Kabul zurück. Aus Solidarität begleitete ihn damals sein Musiker-Kollege Albert Ginhör in die afghanische Hauptstadt und riskierte damit, zumal als westlicher Ausländer, ebenfalls sein Leben. Die Agentur der Opernsängerin Cornelia Lanz schrieb in ihrer Pressemitteilung:

In den mehr als 50 Tagen seit seiner Rückkehr nach Afghanistan am 20. Januar lebte Pouya unter sehr bedrückenden und gefährlichen Umständen: Untergetaucht in Kabul und ständig sein Quartier wechselnd, verließ ihn nie die Furcht, verraten zu werden.

Dank einer schnellen Terminvergabe der deutschen Botschaft in **Kabul** erhielt er dort Mitte März aufgrund einer Einladung des Münchner Theaters Schauburg ein Arbeitsvisum und konnte nach Deutschland zurückkehren, um in dem Fassbinder-Stück *Angst essen Seele auf* die Hauptrolle zu übernehmen. Anschluss-Engagements am Staatstheater am Gärtnerplatz, am Jungen Theater Augsburg und am Staatstheater Darmstadt sicherten ihm seinen weiteren Aufenthalt in Deutschland.

Am 24. April 2018 hat die DOV in Halle/Saale im Rahmen der Deutschen Orchesterkonferenz Albert Ginhör für sein unerschrockenes „humanitäres Engagement“ (Pressemeldung) den Sonderpreis des Hermann-Voss-Kulturpreises verliehen. Es war ein bewegender Augenblick bei der Preisübergabe, als sich der Saal spontan erhob und den Preisträger und seinen Schützling mit stehenden Ovationen ehrte.

Albert Ginhör war die Zeremonie und das viele Fragen sichtbar unbehaglich. Er gab seiner Ansicht Ausdruck, dass in Wahrheit die Presse diesen Preis verdiene. Dazu sagte er:

Wenn ich Ende April den Preis in Halle entgegennahme, tue ich das eigentlich nur stellvertretend. Ich bin davon überzeugt, dass Pouya ohne die so engagierte und kontinuierliche mediale Begleitung heute immer noch in Kabul untergetaucht – oder Schlimmeres – wäre. Mein Dank gilt daher den vielen Journalistinnen und Journalisten, die über diesen, im wahrsten Sinne des Wortes, ‚Härtefall‘ berichtet haben. Es ist wunderbar, was die vereinte



Pouya und Albert Ginhör am Flughafen Frankfurt, 20.1.2017 (Foto: Bianka Huber)

Macht der Musik und der Worte erreicht haben.

Der glückliche Ausgang des zweijährigen Dramas war v. a. der öffentlichen Aufmerksamkeit zu danken, für die viele **Presseorgane, Rundfunk, Fernsehen**, gesorgt hatten, auch der Unterstützung durch einige Politiker, durch die deutsche Botschaft in Kabul, das Goethe-Institut, auch durch einige **Behörden** wie die Ausländerbehörde der Stadt München, nicht durch alle (die in Augsburg war, wie man hörte, eher behindernd).

Wie viele Flüchtlinge, die nicht diese Rücken- deckung hatten, mögen in den vergangenen Monaten entgegen humanitären Erwägungen und völkerrechtlichen Regeln abgeschoben worden sein? Beispielsweise berichtete der Bayerische Rundfunk am 6. August, ein 22 Jahre alter Uigure sei wenige Stunden vor einem Termin, bei dem er seinen Asylantrag mündlich hätte begründen sollen, nach China abgeschoben worden.

In wie vielen Fällen mag der allenthalben gewünschte **Kulturaustausch** an deutschen Behörden scheitern? Im Juni ging eine Nachricht durch die Berliner Presse, dass in letzter Minute sieben ivoirischen Tänzern der Compagnie *Les pieds dans la mare* wegen „Zweifeln an der Rückkehrbereitschaft“ (die Staatsministerin für internationale Kultur- und Bildungspolitik beim Bundesminister des Auswärtigen **Michelle Müntefering**) die Einreise aus der Elfenbeinküste **verweigert** worden sei. Sie sollten in einem Tanztheater-Projekt in der Jugendtheaterwerkstatt (jtw) Berlin-Spandau, „Metamorphosen“, auftreten. Die Dramaturgin Julia Schreiner mutmaßte, das Visum sei verweigert worden, weil die Tänzer zu arm und zu jung, also nicht verheiratet und kinderlos gewesen seien: „So wie viele Künstler eben leben.“ In diesem Fall fruchtete die Intervention von Politikern nichts. Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer intervenierte beim Auswärtigen Amt gegen die Entscheidung, die er harsch verurteilte, erfolglos. Aus dem Büro der Kulturstaatsministerin Monika Grütters kamen Worte des Bedauerns (<https://www.berliner-zeitung.de/kultur/kulturaustausch-in-der-praxis-die-macht-der-goetter-in-deutschen-behoerden-30626646>).

Quelle (Zitate, Bilder): Pressekontakt von ZUFLUCHT KULTUR E.V. c/o Nicola Steller (steller@freie-pr.de, Tel. 07156 /-350616, 0162-/ 3482879)



Verleihung des Sonderpreises des Hermann-Voss-Kulturpreises durch DOV-Geschäftsführer Gerald Mertens (rechts) an Albert Ginhör (Bildmitte) im Rahmen der Deutsche Orchesterkonferenz am 24.04.2018 in der Georg-Friedrich-Händel-Halle (Halle/Saale), links im Bild der Musiker und Schauspieler Pouya (Foto: Maren Strehlau)

Der **Verein Zuflucht Kultur e.V.** hat sich zum Ziel gesetzt, mit und durch Kultur Brücken zwischen Geflüchteten und der einheimischen Bevölkerung zu bauen. Er arbeitet zuallererst künstlerisch, organisiert mittlerweile aber auch eine Vielzahl von politisch-sozialen Auftritten eines eigens gegründeten Projektchors und -ensembles. Anfang September 2015 gastierte der Chor *Zuflucht* beim Bürgerfest des Bundespräsidenten auf Schloss Bellevue. In diesen bewegten Zeiten erhielten die Aktiven laufend weitere Einladungen von Institutionen, die sich für Menschenrechte einsetzen: Unter anderem stand der Chor beim europäischen Konsultationstreffen des *World Humanitarian Summit* der Vereinten Nationen und bei der Eröffnung der Generalversammlung der *International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies* auf der Bühne. Der bislang schönste Erfolg der Arbeit von *Zuflucht Kultur*: Das ZDF-Format „Die Anstalt“ erhielt für die Sendung mit dem syrischen Flüchtlingschor *Zuflucht* den Grimmepreis 2015 („für den Moment der Echtheit und Wichtigkeit“) und durch die deutsche Sektion von Amnesty International den Marler Medienpreis für Menschenrechte 2015. Vor kurzem wurde der Verein mit dem Förderpreis der Pill Mayer Stiftung für interkulturellen Dialog 2016 ausgezeichnet (SSIP hat berichtet).

Der Verein hat sich umbenannt in **Zukunft Kultur e. V.** „Denn“, schreibt der Verein, „aus Flüchtlingen wurden Angekommene, aus Fremden Freunde. Das vorübergehende Refugium, die ‚Zuflucht‘, öffnet sich für ein Leben mit Kindergarten, Schule, Ausbildung, Beruf, Wohnung, Umfeld, Freundeskreis und kultureller Symbiose in einem neuen Land.“ Der „polarisierende Begriff ‚Flüchtling‘“ sei nicht mehr zeitgemäß. Im Internet ist er aber unter <https://www.zufluchtkultur.de/> erreichbar.

M

M4/18-3-4 **Schminke gegen Vorurteile**

Kann man beim Schminken Vorurteile gegenüber Geflüchteten abbauen? Und das in **Sachsen**, wo die Abwehr gegen Fremde besonders groß ist? Diese Frage stellte der Westdeutsche Rundfunk Köln. In einer Hörfunksendung berichtete er über **ein Begegnungsprojekt** mit Schminkepinseln, das die *Kulturstiftung des Freistaates Sachsen* und die *Robert Bosch-Stiftung* finanziell unterstützen. Eine Leipziger Performance-Künstlerin hat einen mobilen *Beauty-Salon* gegründet. Die Sendung berichtete aus Aue, 40 Kilometer von Chemnitz entfernt, wo Frauen aus **Afghanistan** oder **Syrien** kunstvoll Blütenornamente traditionell persischer Art und verschnörkelte lateinische Buchstaben auf sächsische Gesichter, Arme und Beine applizierten.

Die Vorsitzende des Fördervereins **Jugendkultur- und Sozialzentrum e.V.** erwartet, dass **Kommunikation** Feindbilder abbauen hilft: „Weil ich denke, viele Vorurteile entstehen eben deshalb, weil man nicht miteinander kommuniziert. [...] Wenn dann die Leute doch miteinander ins Gespräch kommen, dann baut sich auch vieles ganz schnell ab. [...] Oder es entstehen auch Freundschaften oder irgendwelche gegenseitigen Hilfsangebote.“

Der Autor Sven Kästner stellte klar, dass der Verfassungsschutz die ganze Region als einen Schwerpunkt des **Rechtsextremismus** in Sachsen einstuft. Er berichtete, einschlägiges Gedankengut habe sich hier teils bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. „Ins Mikrofon will dazu in Aue niemand etwas sagen. Aber selbst auf den Bierbänken gegenüber dem Schönheitssalon sind private Gespräche mit Reichsbürgervokabular zu hören, Gäste unterhalten sich etwa über den angeblichen Fortbestand des Deutschen Reiches nach 1945.“

Eine der Schönheitspflegerinnen berichtet vor dem Mikrofon über die Hilfsbereitschaft vieler Deutscher, hat aber auch Ablehnung erlebt, etwa bei der Wohnungssuche: „Die sagen einfach: Für Flüchtlinge wir können nicht machen. Ich frage einfach: Warum Sie können nicht eine Wohnung für uns geben? Die sagen einfach: Geht nicht, und tschüß.“ Die Vorsitzende des Fördervereins erklärt die sächsische Fremdenfeindlichkeit durch Mangel in der staatsfinanzierten Infrastruktur und die Vernachlässigung des ländlichen Raumes: „Da brauchen wir gar nicht jetzt Menschen aus

anderen Ländern dazu, da haben wir schon eigene Probleme genug. Wo viele Jahre nichts getan wurde. Das sind ja so einfache Sachen. Bildung, wenn man so kuckt zum Teil, die Schulen, viel Schulausfall, Lehrermangel. Und im ländlichen Raum ist es auch Infrastruktur. Arbeitslosigkeit spielt sicherlich immer eine Rolle, im ländlichen Raum sicherlich mehr.“

Wie waren die Reaktionen auf diesem schwierigen Boden? Die Organisatorin der Aktion gab zu: „Da sind natürlich immer so Befürchtungen im Hinterkopf. Aber wenn man sich dann einmal raus gewagt hat, dann sieht man eigentlich: Nein, es ist sehr viel pluralistischer hier auch, als man das manchmal meint.“ Im mobilen Schönheitssalon blieb die Stimmung am Tag der Sendung „ausgelassen und fröhlich“. Die Moderation konstatierte: „Niemand in Aue hat unfreundlich auf das Begegnungsangebot reagiert oder gar die Frauen angepöbelt.“ Die Einschätzung des Autors Sven Kästner klingt verhalten positiv: „Die Sachsen nehmen das Angebot durchaus freundlich an. Sie warten geduldig [...]. Nur gesprochen wird bei all dem wenig – das Schminken und Bemalen läuft weitgehend schweigend ab. Da ist zum einen die Sprachbarriere. Und das Interesse am persönlichen Schicksal der Geflüchteten scheint auch nicht so groß zu sein.“

Quelle: Westdeutscher Rundfunk Köln, „Neugier genügt“ am 12.9.2018



M5/18-3-4 Wanderungsstatistik und Ertrunkene 2018

Im Jahr 2018 sind rd. 1,551 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert und 1,135 Millionen weggezogen. Das macht einen **Wanderungsüberschuss** von etwas mehr als 416.000 aus. 2016 lag dieser Wert bei etwa 500.000. Diese Zahlen sind leicht aus der Statistik, die das Statistische Bundesamt zur Verfügung stellt, zu entnehmen. Die „Wegzüge“ können natürlich die unterschiedlichsten Beweggründe haben. Wenn man näheren Aufschluss über die Teilmenge derer, die unser Land unfreiwillig verlassen haben, erlangen will, ist es schwieriger, an Zahlen heranzukommen. Das *online*-Auskunftssystem des Statistischen Bundesamtes *genesis* kennt von den Begriffen „Abschiebung“, „Rückführung“ oder „Zurückführung“ keinen und generiert keine Daten zur Wanderungsbewegung von Asylbewerbern. Auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag, wieviele abgelehnte Asylbewerber abgeschoben worden seien, hat die Bundesregierung laut AFP mitgeteilt, dass bis Ende Oktober 2018 die Zahl der **Abschiebungen** (offiziell: „Rückführungen“) bei 20.000 gelegen habe. Die meisten Abschiebungen (5.548 bis Ende Oktober) haben demzufolge die Behörden in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Über die Zahl der im Mittelmeer Ertrunkenen wird auch Stillschweigen gewahrt.

Nach Angaben der *International Organization for Migration* sind bis Anfang Dezember 2018 mindestens rd. 3.700 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer **ertrunken**. Geschätzt sind über 920.000 Menschen über das Mittelmeer in die Anrainerstaaten gelangt. Im Interview mit dem AWO-Fachmagazin *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP)* berichtet der Journalist Christian Jakob, wie sich Europa spätestens seit Ende 2015 systematisch gegenüber Migranten aus Afrika abschottet – und dies entgegen dem Beschwören demokratischer Prinzipien durch europäische Politiker oftmals mithilfe autoritärer und undemokratischer Regierungen. Jakob prangert an, dass **Entwicklungshilfe** in Afrika dorthin vergeben wird, „wo man glaubt, migrationspolitisch davon zu profitieren – und nicht dorthin, wo die Not am größten ist“.

Das Rettungsschiff *Aquarius* von *SOS Méditerranée* ist seit Februar 2016 mit Unterstützung von *AWO international* auf dem Mittelmeer unterwegs.

<https://www.awointernational.de/de/unsere-arbeit/laender-und-regionen/europa/mittelmeer/zivile-seenotrettung-im-mittelmeer.html>

Darüber und über **zivile Seenotrettung** im Mittelmeer allgemein informiert eine Webseite (s.o.). Die Zusammenstellung und die Aktualisierung der Anzahl der Flüchtlinge über das Mittelmeer und Schätzungen der Anzahl derer, die dabei ums Leben gekommen sind, unternimmt fortlaufend das **Missing Migrants Project**, hinter dem die IOM, die *UN Migration Agency*, steht (s. <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>).

Das *Aquarius*-Team hat seit Februar 2016 mehr als 19.000 Menschen aus akuter Seenot gerettet. „Seenotrettung ist kein Verbrechen“ schreibt *AWOinternational*. Die Vorwürfe, dass die privaten Seenotretter den Schleusern in die Hände spielen, weist *AWOinternational* zurück. Und weiter:

Auch der sogenannte *Pull*-Effekt – also, dass durch die zivile Seenotrettung mehr Menschen fliehen oder dazu animiert werden – wurde zum Beispiel durch eine Studie der Oxford-Universität oder einer Untersuchung „Blaming the rescuers“ der an der Universität von London angesiedelten Initiative *Forensic Oceanography* widerlegt. Die zivile Seenotrettung ist keine Ursache dafür, dass Menschen fliehen, sondern eine Reaktion auf das Massensterben im Mittelmeer. Es ist auch eine Reaktion auf die Verantwortungslosigkeit der europäischen Regierungen [...]

Die Quellen, die *AWOinternational* nennt, sind: <https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2017/03/border-deaths> und <https://blamingtherescuers.org/>.

Quellen: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>; AFP (*Berliner Zeitung* 12.12.2018, S.4); *Berliner Zeitung* (16.10.2018), S.5; <https://www.iom.int/news/mediterranean-migration-update>; vgl.: Interview mit dem Journalisten Christian Jakob („Die Verweigerung von Migration ist der falsche Weg“), in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit (TUP)* 3/2018 (Zitat in: *AWO Ansicht* 3/2018, S.6); <https://www.awointernational.de/de/unsere-arbeit/laender-und-regionen/europa/mittelmeer/zivile-seenotrettung-im-mittelmeer.html>

M

M6/18-3-4 **Das Zusammenleben
in der Einwanderungs-
gesellschaft funktioniert**

Unter dem Titel „Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland“ ist im September 2018 in Berlin das SVR-Integrationsbarometer veröffentlicht worden.

Der *Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* (SVR) geht auf eine Initiative der *Stiftung Mercator* und der *VolkswagenStiftung* zurück. Dem SVR gehören neben diesen beiden die *Bertelsmann Stiftung*, die *Freudenberg Stiftung*, die *Robert Bosch Stiftung*, der *Stifterverband* und die *Vodafone Stiftung Deutschland* an. Der Sachverständigenrat ist eine unabhängige und interdisziplinär zusammengesetzte Organisation von Wissenschaftlern.

Seit 2010 veröffentlicht der SVR das „Integrationsbarometer“. Das Gutachten für 2018 beruht auf der telefonischen Befragung von rund 9.300 Personen mit und ohne Migrationsgeschichte bundesweit zwischen Juli 2017 und Januar 2018. Davon waren 2.720 Personen „biodeutsch“ (amtlicher Terminus: „ohne Migrationshintergrund“), rd. 1.400 waren Spätaussiedler; jeweils etwa 1.500 waren „Türkeistämmige“ bzw. Zuwanderer aus einem EU-Land und 1.760 Personen mit Migrationsgeschichte aus der „übrigen Welt“. Es enthält einen speziellen Teil, in dem die Einstellungen zum **Kopftuch** erfragt wurden. Zusätzlich wurden 369 Flüchtlinge aus ausgewählten Ländern interviewt, die ab 2014 nach Deutschland eingereist waren. Dieser Umfrageteil wird separat veröffentlicht werden.

Nach der Aussage der Autoren (Leitung: Prof. Dr. Thomas K. Bauer) ist diese Erhebung repräsentativ für die Bevölkerung sowohl mit als auch ohne Migrationsgeschichte sowie für die einzelnen Herkunftsgruppen.

Ergänzend zu dem Ergebnisband gibt es einen 55-seitigen Methodenbericht. Beides kann man als pdf-Dateien herunterladen unter <https://www.svr-migration.de/publikationen/ib2018/>.

Der Text und die Graphiken in dem **Ergebnisband** sind voller interessanter Feststellungen; aber es gibt keine umwälzenden Einsichten, die nicht jeder, der mit unverstelltem Blick die bundesrepublikanische Gesellschaft wahrnimmt, schon mitbekommen hätte. Störend ist einzig der unablässige Gebrauch des ideologisch belasteten Begriffs „**Migrationshintergrund**“, den biedere Statistik-Experten vor Jahren erfunden haben und den, weil er zum Standard in der amtlichen Statistik geworden ist, nun jeder unreflektiert übernimmt. Entgegen allen Feindbildproduktionen rechter Populisten lautet die Grundbotschaft der SVR-Erhebungen seit 2010 unverändert: „Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund [!] bewerten das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft insgesamt positiv“ (S. 7).

Die „Herkunftsgruppen“, in denen das „Integrationsklima“ gemessen wird und nach denen die Einstellungen zu Integration allgemein, nach Bildungsniveau und Art der sozialen Beziehungen und Integrationserfahrungen in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz sortiert werden, sind die

- „biodeutschen“ Ureinwohner der Bundesrepublik ohne eine gegenwärtig prägende Migrationsgeschichte,
- Spätaussiedler,
- „Türkeistämmigen“,
- Zuwanderer aus einem EU-Land und die
- Migranten mit Migrationsgeschichte aus der „übrigen Welt“.

Unterschiede bei der Bewertung des Integrationsklimas waren, sagen die Forscher, im Wesentlichen auf wenige Faktoren zurückzuführen (S. 8): „Wie Menschen das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft einschätzen, wird beeinflusst vom **Bildungsniveau**, erlebter Diskriminierung und vor allem der **Erfahrung** mit kultureller Vielfalt“. Menschen schätzten das Integrationsgeschehen also umso positiver ein, je gebildeter sie waren und je mehr Kontakt sie mit kultureller Vielfalt (z.B. im Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz) hatten. Die Chance dazu ist in Hamburg und Bremen und in Hessen und Baden-Württemberg besonders gut, weil in diesen Bundesländern mehr als 30% der Gesamtbevölkerung eine identitätsprägende Migrationsgeschichte haben (S. 13).

Wenig verändert hat sich auch, sagen die Forscher, die Gesamteinschätzung der „**Teilbereiche**“. Diese sind Nachbarschaft, Arbeitsmarkt, soziale Bezie-



hungen und „Bildung“. Nach wie vor wurde der Bildungsbereich von den Menschen am kritischsten beurteilt. Innerhalb dieses Teilbereichs falle auf, dass erneut die Leistungsfähigkeit von Schulen mit einem hohen Migrantenanteil am schlechtesten beurteilt wurde. Rund die Hälfte der Befragten mit wie ohne Migrationsgeschichte meinte nach wie vor, dass kulturelle Vielfalt die Lernleistung der Schülerinnen und Schüler beeinträchtigt (S. 9). Trotzdem: „die Erfahrung mit kultureller Vielfalt bzw. mit der Mehrheitsgesellschaft bewertet eine deutliche Mehrheit positiv“ – am besten wurden wie schon in den Vorjahren die sozialen Beziehungen bewertet (S. 10).

Innerhalb dieser Gesamttendenz stellten die Forscher **im Zeitverlauf** kleinere, teilweise aber signifikante Veränderungen fest. Man nehme zum Beispiel die „Türkeistämmigen“. Sie erklärten 2015 noch zu rund 54%, dass ethnische Vielfalt den Lernerfolg beeinträchtigt; 2017/18 stimmten hingegen nur rund 46% dieser Aussage zu. Noch stärker habe sich die geschätzte Verlässlichkeit von Freundschaftsbeziehungen verändert. 2015 hatten rund 45% der Befragten ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Menschen ohne Migrationsgeschichte als „wenig verlässlich“ beurteilt; 2017 taten das nur etwa 32%.

Diese Bewertungen werden zahlenmäßig im sog. **Integrationsklima-Index** gefasst. Der „IKI“ soll mit hin die persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen in den vier genannten Bereichen, die für Integration zentral sind: Arbeit, Bildung, Nachbarschaft, soziale Beziehungen abbilden, d. h. abbilden, wie Menschen das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft in diesen Teilbereichen empfinden. Generell finden die Forscher heraus, dass der IKI relativ hoch war; also wurde das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft von der Bevölkerung der Bundesrepublik überwiegend positiv wahrgenommen.. Etwas schlechter beurteilten die einheimischen Befragten (ohne gegenwärtige Migrationsgeschichte) das Integrationsgeschehen, und dafür ausschlaggebend waren zwei Gruppen: die Männer, die pessimistischer waren als Frauen, und die Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland, die das Integrationsgeschehen negativer sah als die in Westdeutschland. Laut den Auswertungen der Arbeitsgruppe ist diese negative Haltung bemerkenswerterweise nicht auf sozioökono-

mische Variablen zurückzuführen, sondern „geht vor allem auf Personen zurück, die im persönlichen Umfeld wenig oder gar keinen Kontakt“ zu Zuwanderern haben (S. 13). Das gilt auch für den Westen Deutschlands. Der **Abbau von Vorurteilen** gelingt demnach am ehesten durch Kontakt mit Fremden bzw. Zuwanderern. Das wäre ein gutes Argument für z.B. **Jugendbegegnungen** und nährt starke Zweifel daran, dass eine Verbesserung der materiellen Lage von Fremdenfeinden an deren Einstellung Entscheidendes ändern werde.

Die **Haltungen zu Flüchtlingen** war weitestgehend positiv. Die Mehrheit sah Flüchtlinge als kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung. Am stärksten problematisch war die Gruppe der Spätaussiedler, die am ehesten geneigt schienen, mit Geflüchteten und Migranten Kriminalität zu verbinden, und am wenigsten glaubten, dass die Neuen Deutschland kulturell und ökonomisch bereichern werden. Deutlich belegt die Umfrage die bekannte Erscheinung, dass die früher Zugewanderten positiver bewertet werden als die neu Hinzugekommenen (d.h. heutzutage: die Geflüchteten). Die meisten Befragten waren im Grundsatz dafür, Flüchtlinge aufzunehmen. Gleichzeitig wollte jedoch die Mehrheit auch, dass der Zuzug von Flüchtlingen begrenzt werde; nur bei den „Türkeistämmigen“ wollte eine knappe Mehrheit keine solche Beschränkung.

Die auswertenden Texte der Forschergruppe des SVR halten noch weitere interessante Einzelbeobachtungen fest. Es lohnt, sie sich anzuschauen.

Quelle: <https://www.svr-migration.de/barometer/>

2 Der SVR-Integrationsklima-Index 2018	6
2.1 Der IKI der Zuwanderungsbevölkerung: an der Bildung scheiden sich die Geister.....	10
2.2 Der IKI der Mehrheitsbevölkerung: Männer und Befragte ohne Kontakt zu Vielfalt sind pessimistischer.....	11
3 Zur Akzeptanz von Flüchtlingen	13
3.1 Wahrnehmung verschiedener Zuwanderungsgruppen: ‚gute alte‘ werden ‚den Neuen‘ gegenübergestellt.....	13
3.2 Haltung zu Flüchtlingen: Mehrheit sieht Wohlstand nicht bedroht, ist weiterhin bedingt aufnahmebereit.....	17
3.3 Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler: Woher kommt die Skepsis in Bezug auf Flüchtlinge?.....	20
4 Der Weg in die multikulturelle Leistungsgesellschaft: auf die Leistung (der Eltern) kommt es an	22
5 Kopftuch in Schulen und Behörden: Betroffene stimmen zu, Nichtmuslime sind zurückhaltend	24
6 Fazit	26

M7/18-3-4 **Die Stadt Potsdam will Geflüchtete aus Malta übernehmen**

Der Oberbürgermeister von Potsdam, Mike Schubert (SPD), hat Anfang Januar dem Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) angeboten, in Seenot geratenen Bootsflüchtlingen, die Malta nach langem Hinhalten endlich an Land gelassen hatte, in Potsdam eine Heimat zu geben. Er schrieb, dies sei ein „Zeichen von Humanität“. Die Bundesrepublik hatte am 10. Januar in einer Vereinbarung zwischen acht EU-Staaten und Malta zugesagt,

60 Schutzsuchende, die im Mittelmeer gerettet worden waren, aufzunehmen. Mit seinem Angebot folgt Mike Schubert, der bei dem Potsdamer Politologen Heinz Kleger studiert hat, der liberalen Politik seines Vorgängers Jann Jakobs und stellt sich in die Tradition der Potsdamer Toleranz, die 2008 durch das „Neue Potsdamer Toleranzedikt“ wiederbelebt worden war. Dieses knüpft an das „Toleranzedikt“ des „Großen Kurfürsten“ Friedrich Wilhelm 1685 an, mit dem dieser französische Hugenotten nach Brandenburg einlud.

Quelle: private Mitteilung

R. Religion

R1/18-34 **Religiöse Vielfalt aus evangelischer Sicht**

Die EKD hat im September 2018 in Hannover ein „**Positionspapier** zum christlich-islamischen Dialog“, das auch grundsätzliche Auffassungen zum **interreligiösen Dialog** enthält, vorgestellt. Die Evangelische Kirche zeigt sich in diesem fünfseitigen Dokument „davon überzeugt, dass nur durch Begegnung und Kontakt das friedliche Miteinander unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen Gestalt gewinnen kann.“ Das wird zunächst ganz pragmatisch begründet; bemerkenswert ist allerdings das nachgeschobene theologische Argument:

Darüber hinaus kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass Gott auch von außerhalb der Kirche zu Menschen spricht. Die Bibel nennt viele Beispiele, wie sich im Nächsten, im Anderen und im Fremden Gott den Menschen zeigt.

Selbstkritisch räumt die EKD ein:

Die Evangelische Kirche tat sich lange Zeit schwer mit der Anerkennung religiöser Pluralität. Heute hat sie als christliche Überzeugung erkannt, dass der christliche Glaube nur vertreten werden kann, wenn das Recht anderer Überzeugungen anerkannt wird. Denn der Glaube ist ein Geschenk des Heiligen Geistes und eine individuelle Gewissheit. Die Möglichkeiten Gottes, sich den Menschen bekannt zu machen, haben keine Grenzen. Alle Menschen sind seine Ebenbilder.

In der Situation des faktischen Nebeneinanders unterschiedlicher Religionen erinnert man sich an alte philosophische Überlegungen über die Bedingungen von **Freiheit**, die zwischen einer Freiheit von und einer Freiheit für etwas unterschieden

hatten. Der letzte Satz des Positionspapiers lautet: „... die Freiheit zur Religion wie auch die Freiheit von Religion kann in einer pluralen Gesellschaft nur gemeinsam vertreten und gestaltet werden.“

Die Zeiten, die in Europa Jahrhunderte gewährt haben, wo Freiheit nur für eine bestimmte einzige Religion gewährt werden konnte, sind vorbei. Das Positionspapier erklärt: „Zum Schutz der Religionsfreiheit gehört die Freiheit zur Religion im öffentlichen Raum“. Das gilt ohne Frage auch für den **Islam**.

Dass „der Islam zu Deutschland gehört“, sagt das Papier nicht explizit, wenn man nicht den Satz: „Die Evangelische Kirche in Deutschland bekräftigt ihr Ja zur religiösen Vielfalt in Deutschland ausdrücklich auch im Blick auf Musliminnen und Muslime und ihre Religion, den Islam“, so interpretieren will. Bei der Vorstellung des Papiers in Hannover wurde der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, **Markus Dröge**, wohl genau das gefragt (Notiz in der Berliner Zeitung, 25.9.2018, S. 16). Er wies die Frage zurück; denn sie setze fälschlicherweise voraus, dass der Islam „ein einheitlicher Block“ sei. Doch er dachte dabei wohl nicht an die verschiedenen Glaubensrichtungen im Islam, sondern wollte einen „guten“ Islam unterscheiden: „Wenn ich darunter eine Glaubenshaltung verstehe, die sich in unsere gesellschaftlichen Werte einpasst mit den Menschen, die diese religiöse Haltung vertreten, gehört er dazu“. Was meint er da mit „**Einpassen**“? Ist der Islam nur insofern „passend“, als er „unsere Werte“ annimmt?

An das Ja zur Pluralität heftet das EKD-Papier flugs einen erhobenen Zeigefinger: „Ein klares

theologisch und rechtlich gegründetes Ja zur Religionsfreiheit und Religionsvielfalt auf der einen Seite erfordert auf der anderen Seite von Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen und der Gesellschaft insgesamt die Einübung in die eigene **Pluralitätsfähigkeit**.“ Viel Raum widmet das Papier dem Thema **Gewalt**. Es verurteilt jede Verbindung von Religion mit Gewalt, mit Nation oder mit Ethnie, – kurz: Religion soll nicht zur **Homogenisierung** von Gruppen benutzt werden. Alle Gewaltakte, die sich auf Religion berufen, werden scharf verurteilt:

Die [EKD] ist sehr besorgt über die Missachtung zivilisatorischer Werte, die darin zum Ausdruck kommt. Sie widerspricht allen Bestrebungen, die sich gegen die vorhandene religiöse Vielfalt richten und versuchen, eine religiös oder kulturell homogene Gesellschaft zu schaffen.

Glücklicherweise benutzt das Papier in diesem Zusammenhang das Wort Demut und drückt Bedauern ob der Gewalt, die im Laufe der Geschichte

im Namen des Christentums begangen worden ist, aus. „Im Wissen um die Geschichte der Christenheit gibt es [...] für die evangelische Kirche keinen Anlass zu Überheblichkeit oder Besserwisserei.“

Insgesamt verurteilt die EKD im Positionspapier alle Anfeindungen gegen den Islam und wendet sich andererseits gegen den „religiösen Fundamentalismus bis hin zum sog. islamistischen Extremismus und Terrorismus“. Außerdem kommt die Angst vor der Finanzierung muslimischer Organisationen durch „ausländische Regierungen“ zum Ausdruck; die Türkei wird genannt, nicht aber z.B. Saudi-Arabien. Bedauert wird, dass sich „die Hoffnung“, auf muslimischer Seite würden sich Organisationsformen, die mit dem deutschen „Religionsverfassungsrecht“ kompatibel wären, entwickeln, nicht erfüllt hat.

Quelle: https://www.siekd.de/dialog-mit-dem-islam-si-studie-belegt-starken-wunsch-der-bevoelkerung-nach-gesellschaftlichem-zusammenhalt/positionspapier_der_ekd_zum_christlich_islamischen_dialog/

T_{1/18-34} Kurzfristig freie Plätze in Auslandsprojekten

Im Eurodesk „Last Minute Markt“ unter www.rausvonzuhause.de/lastminute finden sich aktuell über 100 freie Plätze für geförderte Freiwilligendienste, internationale Workcamps und Jugendbegegnungen. Wer sich **ab August/September 2019** in einem Freiwilligenprojekt im Ausland engagieren möchte, findet zahlreiche Angebote z.B. die Mitarbeit in einer Naturschutzorganisation in Italien, einer Radiostation in Mexiko, einer Gesamtschule in Ecuador sowie Projekte mit Menschen mit Behinderung in Großbritannien oder den USA (unter www.rausvonzuhause.de/Beratung und www.rausvonzuhause.de/lastminute).

Eurodesk Deutschland und seine regionalen Servicestellen haben 2018 über 58.000 Jugendliche, Eltern, Multiplikator(inn)en sowie Trägerorganisationen zu Mobilitätschancen und Fördermöglichkeiten beraten. Ein Drittel der Anfragen bezog sich auf **das Europäische Solidaritätskorps**. Das Europäische Solidaritätskorps ist ein neues EU-Programm, das Möglichkeiten für junge Menschen schafft, an Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen. Jean-Claude Juncker

hat es 2016 in der „Rede zur Lage der Union“ erstmals angekündigt. Seit dem 5.10.2018 ist es offiziell in Kraft. Die EU will jungen Menschen leicht zugängliche Möglichkeiten für solidarisches Handeln bieten. Das Programm zielt auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Förderung der sozialen Inklusion und der Demokratie und versteht sich als praktizierte **Europäische Bürgerschaft** (Heike Zimmermann) sagt.

Eurodesk ist ein europäisches Jugendinformationsnetzwerk mit Koordinierungsstellen in 35 Ländern. Es wird durch das EU-Programm **Erasmus+** sowie durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* gefördert und ist ein Projekt von **IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.**

Jugendliche können sich deutschlandweit bei 50 Eurodesk-Servicestellen zu Auslandsaufenthalten beraten lassen (Welches Programm passt zu mir? Wo und wie bewerbe ich mich? Wie sieht es mit der Finanzierung aus?). Wer Interesse hat, kann einen persönlichen Beratungstermin vereinbaren, eine E-Mail an eurodeskde@eurodesk.eu schicken oder die Eurodesk-Hotline Tel. 0228/9506-250 wählen und sich kostenlos, neutral und trägerübergreifend beraten lassen.

T. Interkulturelle Tourismuspolitik

T

Angebot	Anmelde- oder Bewerbungsschluss	Anfang- und Endtermin	Teilnahmegebühr	Veranstalter
Deutsch-südosteuropäisches Vorbereitungseminar für Camp-Leiterinnen / Camp-Leiter	22.3.2019	4.4.2019 bis 11.4.2019	90 €	Service Civil International Deutscher Zweig e.V.
Freiwilligendienst in Dänemark: Leben und Arbeit mit Menschen mit Behinderung	15.3.2019	1.9.2019 bis 31.8.2020		Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)
Workcamp in Russland: Englischcamp für russische Kinder	22.5.2019	2.6.2019 bis 28.6.2019	110 € und + Reisekosten	Service Civil International Deutscher Zweig e.V.

Auswahl von Austauschprogrammen

Informationen über das Europäische Solidaritätskorps: IJAB-Journal 2/2018, S. 25f. (Heike Zimmermann) sowie www.solidaritaetskorp.de und DiscoverEU: <https://europa.eu/youth/discovereu>

Eurodesk Projektkoordinatorin, Godesberger Allee 142–148, Tel. 0228 / 9506 239 (9:00 – 14:00), pfeifer@ijab.de

Text / Quelle / Kontakt: IJAB Bonn Regina Pfeifer,

T_{2/18-34} **Wie die Reisen in den Orient begannen**

Das gerade erschienene Buch der polnischen Germanistin Alina Dittmann nimmt der Tourismusforscher Prof. Dr. HASSO SPODE (TU Berlin) zum Anlass, nicht nur an einen ziemlich vergessenen Wegbereiter des Tourismusgeschäfts zu erinnern, sondern auch an die Pioniertat, organisierte **Reisen in den Orient** bereits in den 1860er Jahren anzubieten. Der Pionier ist hier Carl Stangen (geb. 1833, damit 25 Jahre jünger als Thomas Cook, der berühmte englische Tourismuspionier). Er war im deutschen Kaiserreich (1871–1918) eine Berühmtheit.

Alina Dittmann: *Carl Stangen – Tourismuspionier und Schriftsteller. Der deutsche Thomas Cook.* (Frankfurt a. M.: Peter Lang Academic Publishing Group 2017), ISBN 978-3-631-66120-8; 515 S. (Polnische Studien zur Germanistik, Kulturwissenschaft und Linguistik; 8); 96,95 €.

Mit freundlicher Genehmigung des Rezensenten (s. die *webpage* <http://hasso-spode.de/>) gibt der SSIP Prof. Spodes Ausführungen, soweit sie interkulturell von Interesse sind, wieder.

Während Carl Stangen in der anglophonen Forschung eine unbekannt große Größe ist, fand er in der deutschen durchaus Erwähnung, doch eine gründliche Würdigung, wie sie Cook mehrfach zuteilwurde, stand bislang aus. [...] Bereits 1863 führte **Louis Stangen**, Carl Stangens Bruder, eine Touristengruppe via Konstantinopel, Smyrna und Jerusalem nach **Kairo** zu den Pyramiden – eine Pioniertat fünf Jahre vor Cooks erster Ägyptenreise. Bruder Carl kündigte seine Beamtenstelle, und die Brüder eröffneten 1867 in Berlin offiziell ein Reisebüro.

Da Louis aus dem Geschäft weitgehend ausstieg, firmierte es bald als „Carl Stangen’s Reise-Bureau“. Der „Orient“ wurde quasi der Markenkern.

T

1869, etwa, nahmen Stangens Kunden an der Eröffnungsfeier des Suez-Kanals in Port Said teil. Neben und teils vor Cook war Stangen der Wegbereiter der touristischen Erschließung des Nahen Ostens, wofür ihn der Sultan mit Orden dekorierte. Zumal da die Infrastrukturen bisweilen noch ziemlich abenteuerlich waren, erforderten solche Fernreisen großes organisatorisches Geschick und Improvisationstalent. Stangen war hierin ein Meister. Beständig perfektionierte er die Angebote und weitete zugleich seine Aktivitäten und seinen Aktionsradius aus. Bahn- und Schiffbillets, Hotelzimmer, Zelte, Esel, Dolmetscher etc. – detailliert ließ sich vorab eine Reise individuell zusammenstellen.

Neben dem „Orient“ waren besonders Italien, Skandinavien und Frankreich im Programm, aber auch Amerika, Indien, Zentral- und Ostasien; zudem wurden Gesellschaftsreisen mit Sonderzügen zu mitteleuropäischen Destinationen und zu einigen Weltausstellungen angeboten. 1878 dann die erste „deutsche Reise um die Erde“ – zwar sechs Jahre nach Cook, aber kein Geringerer als Bismarck hatte die Schirmherrschaft übernommen. In Zeitungen und Büchern wurde eifrig über Stangens Reisen berichtet [...]. Man war stolz, dass er dem Engländer Paroli bot. [...] In Ägypten, das faktisch eine britische Kolonie wurde, hatte Stangen dem Engländer weitgehend das Feld überlassen müssen; seine „Orient-Reisen“ führten fortan bevorzugt in nördlichere Teile des Osmanischen Reichs, zumal nach Palästina und Syrien.

Die Konkurrenz zwischen den beiden Reiseveranstaltern war, wie Spode in seiner Rezension herausstellt, sowohl ökonomischer als auch handfest **symbolisch-nationalistischer Natur**. Allerdings hinderte der Nationalismus den deutschen Kaiser nicht, dem „treuen, deutschen Mann“ eine bittere Niederlage zu bereiten. Diese Episode findet der Rezensent in der Arbeit der polnischen Wissenschaftlerin nicht gebührend herausgearbeitet:

Generell bleibt das latente Spannungsverhältnis zu Cook etwas unterbelichtet. Dies zeigt sich selbst bei Schilderung der größten Niederlage, die Stangen einstecken musste: die pompöse **Jerusalem-Reise des Kaisers** im Oktober/November 1898. Zum Hauptorganisator machte Wilhelm ausgerechnet Thos. Cook & Son. Wohl fast schlimmer noch: Auch die kleine, erst 1890 gegründete Konkurrenz-

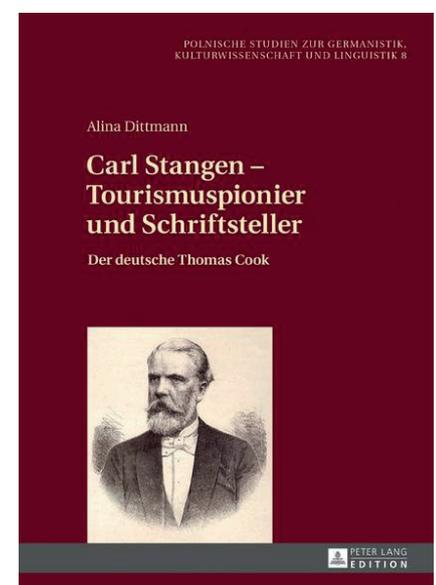
Agentur von Carl Stangens Neffen – „Hugo Stangen's Reise-Bureau“ – wurde offiziell mit einbezogen. Hugos prominenter Onkel – dieser „treue, deutsche Mann“, wie ihn ein Biograph 1908 titulierte – musste sich damit begnügen, zeitgleich eine eigene „Orient-Sonderfahrt“ ins Heilige Land durchzuführen, was Seine Majestät lediglich huldvoll zur „Kenntnis“ nahm [...]. All dies deutet darauf hin, dass Carl Stangen bei Hofe in Ungnade gefallen war [...].

1905 ging, erklärt Spode, die Firma an die Reederei **Hapag**, wo sie zunächst als eigenständiger Betriebsteil unter der Direktion von Stangens Söhnen fortgeführt wurde. 1911 starb Carl Stangen.

Breiten Raum in der Arbeit nehmen die literarischen Produktionen Stangens ein; im Titel wird er ja auch als Schriftsteller bezeichnet. Aus kulturhistorischer Sicht aufschlussreich sind hierbei die Schilderungen der Menschen und „Sitten“ in den bereisten Regionen. An solchen Berichten wird ja oft kein gutes Haar gelassen. Doch Alina Dittmann vermeidet den erhobenen Zeigefinger der **Post-Colonial-Studies**. Stattdessen lässt sie Stangen selbst (und Teilnehmer seiner Reisen) ausführlich zu Wort kommen und stellt seinen wachen, manchmal humorvollen, aber nicht überheblich-paternalistischen Beobachtungen ein gutes Zeugnis aus: „Gängige Klischees“ habe Stangen vermieden, vielmehr sei er ein „Verfechter eines nach Verständigung strebenden interkulturellen Austausches“ gewesen (S. 316).

Der Reiseveranstalter Stangen füge sich, resümiert Spode mit einem Seitenhieb auf aktuelle Diskurse in der Sozialwissenschaft, in der Tat schlecht ins Schema der **Orientalismusthese**.

Die ganze Rezension ist nachzulesen beim Fachinformationsportal für die Geschichtswissenschaften H-Soz-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2018-4-054>).



W. Welt- innen- politik

W1/18-3-4 **Erkenntnisse für interkulturelle Kommunikation aus der Entwicklungs- zusammenarbeit**

Das Heft 2/2018 der Zeitschrift *contacts* vom „Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit“ (*Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe* AGEH, Köln) enthält für eine allgemeine Theorie der interkulturellen Kommunikation einige wertvolle Einsichten aus der praktischen Tätigkeit ihrer Fachkräfte.

Die Teamleiterin für Personalentwicklung, KERSTIN KUDE, wird eingangs gefragt: „Was verstehen Sie unter interkultureller Kommunikation?“ Die

Antwort lautet: „Wir verstehen interkulturelle Kommunikation als einen Teilbereich von **interkultureller Kompetenz**“. Im folgenden entwickelt Kerstin Kude Gedanken, die seit langem Leitmotive auch beim **SSIP** sind. Im Kern kritisiert Kude eine in die Irre führende **Kulturalisierung**, wie sie vielfach zur Praxis interkulturellen Trainings gehört. Diese Kulturalisierung besteht einmal darin, Defizite interkultureller Verständigung in letzter Instanz beim Individuum zu suchen. „In interkulturellen Kommunikations-Seminaren macht man Unterschiede immer wieder deutlich an Begrüßungsritualen und **Kulturtraditionen**, z. B. wie heiratet man, etc. Das bewirkt einen Fokus auf Unterschiede und trifft nicht den Kern [...]. Begrüßungsrituale kann ich einfach erlernen [...]. Viel mehr sollte es daher in Zukunft darum gehen, dass wir uns strukturelle Verhältnisse vergegenwärtigen, die Kommunikation erschweren oder erleichtern können. Machtstrukturen explizit und dennoch sensibel zum Thema zu machen [...]“.

Kudes Kernbotschaft ist, dass sich Menschen in Strukturen und unter Machtverhältnissen bewegen, die ihre Kommunikation bestimmen. Erst die Offenlegung dieser sozialen Verhältnisse erlaube ein interkulturelles Kommunizieren auf Augenhöhe. Man solle also „offen über Unterschiede – nicht nur kultureller Art – sprechen,

[aber] auch explizit über ökonomische Machtverhältnisse in der Welt und auch über Hierarchien, z. B. innerhalb von Organisationen.“ Gerade bei scheinbar einfachen und offensichtlichen Themen stehe der Ärger übereinander oftmals unmittelbar mit Machtlosigkeit oder stehen die Vorwürfe, die ausgesprochen werden, mit Machtausübung in Zusammenhang und haben „gar nicht immer mit kulturellen Unterschieden“ zu tun. Die „Kulturalisierung“ wirkt hier wie eine Ablenkung von den wahren Problemlagen.

Zudem wirft Kude interkulturellen Trainern vor, Unterschiede überzubetonen. Bei der Teamentwicklung und beim Üben individueller Kommunikationskompetenz sollen bei der AGEH in Zukunft also Schwerpunkte und Inhalte verändert werden. Was wird in Zukunft weggelassen? Auf diese Frage kurz und bündig Kerstin Kude: „**Der Kulturschock!** Der ist ja sehr bekannt und dabei sehr plakativ. Jeder glaubt zu wissen, was damit gemeint ist. Aber allein schon mit dem Begriff Schock problematisieren wir ja eigentlich den Umgang mit Unterschieden. Wir wollen Vielfalt erleben, verstehen und schauen, ob verschiedene Phasen nicht einfach gegeben sind, wenn wir einander begegnen, wenn wir uns in etwas Neuem zurechtfinden. Das werten wir nicht mehr grundsätzlich als Schock, sondern viel mehr schauen wir auf uns selbst im Erleben von Neuem und Irritationen und hinterfragen, welche Strategien wir verfolgen, wenn wir damit umgehen.“

Es wäre also zu kurz gegriffen, die Herstellung einer konfliktvermindernden Kommunikationskompetenz allein von der Verbesserung der individuellen Kommunikationssituation zu erhoffen. Vielmehr muss es auch um die Veränderung der **Rahmenbedingungen** des Handelns gehen.

Die meisten interkulturellen Trainingsangebote waren bisher auf Theorien und Modellen aufgebaut, die sich nicht um eine Veränderung in der globalen Welt bemüht haben, sondern darum, einfach in der Zusammenarbeit kulturell sensibel zu werden, Macht und ökonomische Rahmenbedingungen waren nicht im Blick. [...] Wir möchten interkulturelle Kommunikation nicht nur an einer der beiden Seiten festmachen und nur fragen, wie kommuniziert man im Land des jeweiligen Dienstgebers. Sondern wir möchten dazu ermutigen zu schauen, wie kommuniziere und agiere ich selbst in den gegebenen



Kerstin Kude (AGEH Teamleiterin Personalentwicklung) © AGEH/ Christoph Seelbach

Rahmenbedingungen. [...] Das ist eine erweiterte Perspektive, als nur die kulturellen Vereinbarungen einer anderen Kultur kennenzulernen. Da wird es zugleich persönlich und politisch.

Welche weiteren **Inhalte** werden damit bei der interkulturellen Kommunikation zum Tragen kommen? Wir brauchen, sagt Kerstin Kude, „rassismuskritische und machtkritische Ansätze.“ Sie führt als Beispiel den Weißen / die Weiße in Afrika an, die eine herausgehobene und oftmals mit Privilegien einhergehende Position habe und mit der anders als mit anderen Personen umgegangen werde:

Sicher ist, dass wir den akademischen Diskurs zu ‚**Critical Whiteness**‘ und zu **rassismuskritischem** Arbeiten neu in die Veranstaltungen einbringen werden. Wir überprüfen unsere Modelle der interkulturellen Kommunikation anhand dieser Perspektiven, und alle praktischen Übungen, wie z. B. Rollenspiele, werden dann unter diesem Aspekt betrachtet. Das wird den Verlauf der Veranstaltungen verändern. Natürlich werden wir uns auch weiterhin mit unterschiedlichen Kulturtraditionen befassen. Wenn auch wir uns mit machtkritischen Ansätzen auseinandersetzen, werden wir uns jetzt zum Beispiel fragen, was haben denn bestimmte Begrüßungsrituale mit Macht zu tun.

Mit dieser erweiterten Perspektive ist eine Zielsetzung verbunden, die über die bloße Absicht, die eigene Marktposition zu verbessern, hinausgeht. Kude verwendet hier einen **Begriff des Gemeinsamen Hauses**, der über die Bedeutung, die er im Selbstporträt des SSIP hat, hinausgeht:

Wir wollen auch mit diesen Angeboten die ‚Sorge um das gemeinsame Haus‘ befördern. [...] Daher möchten wir auch unsere AGEH-Angebote für interkulturelle Kommunikation explizit für den sensiblen Umgang miteinander und auch den sensiblen Umgang mit Macht, durch Aufbau von Offenheit und Vertrauen und solidarisches Handeln mit unseren Partner dafür nutzen.

Die neue Geschäftsführerin der AGEH, Frau Dr. CLAUDIA LÜCKING-MICHEL, spricht im selben Heft 2/2018 von *contacts* eine „logische Weiterführung“ an, die ebenfalls zu den frühen Kernforderungen des SSIP und der Organisationen, mit denen er

in Verbindung stand – man denke etwa an den Arbeitskreis „Lernen und Helfen in Übersee“ (AKLHÜ) –, gehört hat. Sie nennt dieses Konzept **produktive Fremdheit**:

Eine logische Weiterführung ist, dass wir nicht nur Personal vom Norden in den Süden vermitteln, sondern auch umgekehrt vom Süden in den Norden oder in ein anderes Land im Süden. Von produktiver Fremdheit profitieren Unternehmen und Organisationen überall auf der Welt. Argumentatives Rüstzeug liefert uns hier die Debatte um die ‚Agenda 2030 for Sustainable Development‘, die genau diesen Perspektivwandel propagiert: „Nicht die hochentwickelten Länder zeigen den weniger entwickelten Ländern wo es langgeht. Das kann nicht mehr die Richtung sein. Alle Länder müssen sich als Entwicklungsländer verstehen und sich auf unterschiedliche Weise entwickeln. Wir sind eine globale Lern- und Solidargemeinschaft und müssen uns gemeinsam verändern. Innerkirchlich haben wir wunderbare Argumente und Perspektiven durch die **Enzyklika Laudato si**, die unsere Verantwortung für das gemeinsame Haus Erde einfordert. Das heißt, in Zukunft wird es weniger darauf ankommen, in welche Reiserichtung man unterwegs ist.

Lücking-Michel sieht hier die zukünftige Aufgabe einer AGEH, die sich stärker als Vermittlungsagentur begreift, und die Notwendigkeit einer **Reform des Entwicklungshelfergesetzes**.

Quelle: contacts 53, 2 (2018)

Über die Entstehung der Formel „Lernen und Helfen in Übersee“ s.: Politik und Perspektiven. Der SSIP e.V. in der Bundesrepublik Deutschland. Festgabe Prof. Dr. Kurt Düwell, für den Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für interkulturelle Perspektiven herausgegeben von Armin Triebel (SSIP-Mitteilungen, Sonderheft; 2), Berlin: SSIP 2007 (ISBN 3-932231-12-0) S. 39.



W

W_{2/18-3-4} Leitlinien zur Entwicklungs- zusammenarbeit in Hessen

Am 15. Mai 2018 hat die Hessische Landesregierung neue entwicklungspolitische Leitlinien beschlossen. Ihre Konzeption geht auf Dr. KAMBIZ GHAWAMI (*World University Service, WUS*) zurück. Sie liegen nun auch in gedruckter Form vor. Der Text hat 26 Seiten und enthält ein Vorwort des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung TAREK AL-WAZIR.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien orientieren sich an den Nachhaltigkeitszielen der **UN-Agenda 2030**. Sie formulieren folgende Schwerpunkte: Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, stärkere Integration der Entwicklungsländer in einen fairen Welthandel durch die Förderung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung, die bessere Verknüpfung der Themen Migration, Integration und Entwicklungszusammenarbeit sowie die verstärkte Einbeziehung hessischer Unternehmen in die Entwicklungszusammenarbeit und deren Vernetzung mit entwicklungspolitischen Akteuren und Akteuren. Die Leitlinien sollen helfen,

die Politik der Hessischen Landesregierung in ihren verschiedenen Bereichen am Leitbild der Agenda 2030 auszurichten. Die Broschüre steht auf der Website des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung unter der Rubrik „Außenwirtschaft/Entwicklungspolitische Zusammenarbeit“ (Link s.u.) kostenfrei zum Download bereit. Die gedruckte Version kann beim *Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung* bestellt werden.

Kontakt: Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden, Ansprechpartner: Gilbert Blumenstiel, Tel. 0611/8152283, gilbert.blumenstiel@wirtschaft.hessen.de

<https://wirtschaft.hessen.de/wirtschaft/aussenwirtschaft/entwicklungspolitische-zusammenarbeit>

Text/Quelle: World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V., Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden, www.wusgermany.de, Rundbrief Bildungsauftrag Nord-Süd, Nr. 97 (November 2018), S. 7, sowie: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Nachrichten für Mitglieder

SSIP_{1/18-3-4} Der SSIP begrüßt...

Dr. Christiane Paulus, die mit Beginn des Jahres 2019 dem SSIP beigetreten ist. Christiane Paulus ist Evangelische Theologin und seit sieben Jahren an der bekannten Al-Azhar-Universität in Kairo tätig, dort in der Sektion Islamische Studien in Deutsch.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind: interkulturelle und interreligiöse Beziehungen in Geschichte und Gegenwart und sozialwissenschaftliche Koranhermeneutik.



SSIP-Tagungskalender

Der Tagungskalender ist eine Dienstleistung des SSIP für seine Mitglieder, um Informationsmöglichkeiten bereitzustellen und um Trends der Forschung abzubilden. Deswegen wird immer auch ein Rückblick auf die Veranstaltungen des vergangenen Vierteljahres geboten. Der SSIP fertigt diese Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen an; Irrtümer und Übermittlungsfehler sind immer möglich. Die Mitglieder werden gebeten, Angaben bei Bedarf noch einmal zu überprüfen.

1. Halbjahr 2019

Making Heimat goes Europe.

Empowering Contexts? Arriving and Living. Lebensbedingungen junger Geflüchteter in Europa

7. – 10.3.2019

Berlin: Bundesakademie für Kirche und Diakonie, 13156 Berlin, Heinrich-Mann-Str. 29

Inhalt: Junge Menschen mit Fluchterfahrung aus verschiedenen europäischen Ländern tauschen sich über ihre Lebensbedingungen, Diskriminierungserfahrungen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten aus. Sie diskutieren Erfahrungen von Ankommen und Teilhabe in den Bereichen Bildung, Wohnen, Arbeiten, Partizipation und Engagement. Neben einem Exkursionstag zu Orten der Demokratie in Berlin werden auch Theaterelemente und kreatives Kennenlernen ihren Platz haben. Das Einbringen eigener Themen und Erfahrungen, die Vorstellung von bestpractice-Modellen und die Erarbeitung von Statements oder Empfehlungen für die Zukunft sind Ziele der Konferenz. Diese wird vorbereitet und durchgeführt von den Teamerinnen und Teamern, die im Projekt Making Heimat ausgebildet werden und im Herbst 2018 bereits Workshops durchgeführt haben. Eingeladen sind junge Menschen bis 27 Jahre mit Fluchterfahrung.

Kontakt und Anmeldung: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54 (10117 Berlin), Tag.-Nr. 07/2019, Belinda Elter (030/20355–409, elter@eaberlin.de)

Quelle: Evangel. Akad. Berlin

Von der Friedensmacht zur Festung Europa?

7.–9.3.2019

Erfurt: Evangelisches Augustinerkloster, Augustinerstr. 10, 99084 Erfurt

Inhalt: Zahlreiche weltpolitische Krisen stellen die Europäische Union vor neue Herausforderungen. Angesichts aktueller Entwicklungen, wie den Konflikten an ihren Außengrenzen, den Kontroversen um das Flüchtlingsthema sowie einem wachsenden Potential an Desintegration innerhalb der EU, ist die Friedens- und Konfliktforschung mehr denn je gefragt, die Politik der Europäischen Union kritisch in den Blick zu nehmen und ihre Erkenntnisse für die Ausgestaltung einer europäischen Friedenspolitik beizusteuern. Kurz vor der Europawahl wollen die Evangelische Akademie Villigst und die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) dazu einen Beitrag leisten.

Kontakt und Anmeldung: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54 (10117 Berlin), Tag.-Nr. 08/2019, Uwe Trittman (0160/90 94 21 86, trittmann@eaberlin.de)

Quelle: Evangel. Akad. Berlin

Miteinander aktiv!**Friedensdienste in Zeiten von Populismus und Fremdenfeindlichkeit****3.–4.5.2019****Berlin: Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, 10117 Berlin, Ziegelstr. 30**

Inhalt: Populistische und rechtsextremistische Strömungen, rassistische und antisemitische Stimmen gefährden zunehmend den Frieden in unserer Gesellschaft. Ihnen geht es längst nicht mehr allein um die Abweisung geflüchteter Menschen an den Grenzen. Propagiert wird ein politisches Klima, in dem Verunglimpfung und Hetze, Angst und Verunsicherung an der Tagesordnung sind. In Kooperation mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) steht die Frage im Mittelpunkt, wie Projekte der Friedensarbeit auf diese Herausforderungen antworten und sich konkret für die Unteilbarkeit der Würde und die Wahrung der Rechte aller Menschen einsetzen können. Im Rahmen der Tagung findet ein öffentliches Abendforum in der Französischen Friedrichstadtkirche statt.

Kontakt und Info: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54 (10117 Berlin), Silke Ewe (030/203 55 – 508; ewe@eaberlin.de)

Quelle: Evang- Akademie zu Berlin (www.eaberlin.de)

Entwicklungspolitische Kommunikation Reloaded**Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit im Jahr eins der GroKo****27.–28.5.2019****Berlin: Hotel Dietrich-Bonhoeffer-Haus, 10117 Berlin, Ziegelstr. 30**

Inhalt: Entwicklungsfragen gehören in der Evangelischen Kirche zu den Themen, die ganz oben auf der Agenda stehen. Nach einem Jahr Arbeit der Großen Koalition schauen wir auf Fortschritte in der Kommunikation von Themen der Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik. Im vergangenen Jahr fragten wir nach einem Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation, besonders bei den Themen Bildung, Sicherheit, Armut und Heimat. Wir beleuchten in diesem Jahr den Stand der Einbindung der nachhaltigen Entwicklungsziele in die politische Diskussion und den Umgang der Bundesregierung mit ihrer eigenen Zukunftsagenda.

Kontakt und Info: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54 (10117 Berlin), Rosalita Huschke (030 / 203 55 – 404; huschke@eaberlin.de).

Quelle: Evang- Akademie zu Berlin (www.eaberlin.de)

Menschenrechte sind unteilbar. Flüchtlingsschutz in Deutschland und Europa**19. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz****24.–25.6.2019****Berlin: Französische Friedrichstadtkirche**

Inhalt: Die aktuellen deutschen und europäischen Diskussionen in der Flüchtlingspolitik sind v. a. auf die Sicherung der Außengrenzen und die Auslagerung der Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf andere Staaten fokussiert. Der Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen scheint als Leitmotiv der Flüchtlingspolitik dagegen in den Hintergrund zu treten. Während sich die EU-Mitgliedsstaaten nicht auf eine solidarische Aufnahme von Flüchtlingen innerhalb der EU einigen können, ertrinken weiterhin schutzsuchende Menschen im Mittelmeer, sitzen in unmenschlicher Haft in Libyen fest oder leben unter erbärmlichen Bedingungen auf den griechischen Inseln. Das Symposium bietet Akteurinnen und Akteuren aus allen Bereichen des Flüchtlingsschutzes ein Forum, um sich mit aktuellen politischen Debatten auseinanderzusetzen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Kontakt und Info: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54 (10117 Berlin), Sandra Schröder (030/203 55–515; schroeder@eaberlin.de).

Quelle: Evang- Akademie zu Berlin (www.eaberlin.de)

Deutsch-französische Zusammenarbeit 2.o**XXXV. Jahrestagung des dfi****28.6. (11:00) – 29.6.2019****(öffentliche Matinee 10:30–12:30)
Ludwigsburg**

Inhalt: Potenziale und Handlungsperspektiven des Aachener Vertrages und des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens

Quelle / Kontakt: Deutsch-Französisches Institut (Asperger Str. 34, 71634 Ludwigsburg): Valérie Lejeune (Tel.: 07141 / 93 03 14, Fax: Fax.: 07141 / 93 03 50, e-Mail: lejeune@dfi.de)

Der SSIP wird 60

Aus diesem Anlass veranstaltet der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V. am 29.04.2019 im Südasien-Institut der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Voßstr. 2, Gebäude 4130 (CATS-Gebäude), Raum 011.00.01 einen

SSIP-Tag (Gäste sind herzlich eingeladen)

11–13 Uhr

Kurzvorträge mit Diskussion:

Weltinnenpolitik – gestern und morgen

Dietmar Rothermund

Begrüßung

Armin Triebel

Einführung

Dietmar Rothermund

Entwicklungspolitik aus der Sicht eines Indienforschers

Kurt Düwell

Christliche Mission: Vorläufer der Entwicklungszusammenarbeit?

Michael Bohnet

Entwicklungszusammenarbeit gestern und morgen

Gerd Ulrich Bauer

Zusammenarbeit Nord–Süd global: Bad Vilbel–Eldoret

Ferdinand Niedlich

Neue Blicke auf internationale Entwicklung durch Postkoloniales Denken

Armin Triebel

60 Jahre SSIP: gegenwärtige und zukünftige Aufgaben

Mittagspause

15–17 Uhr

SSIP-Mitgliederversammlung

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung

TOP 2 Wahl der Sitzungsleitung und Protokollführung

TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 4 Berichte: 1. Allgemein (Vorsitzender), 2. Haushaltslage (Geschäftsführerin)

TOP 5 Bericht über Kassenprüfung für Haushalt 2017 und 2018

TOP 6 Aussprache und Entlastung des Vorstandes

TOP 7 Wahl der neuen Rechnungsprüfer

TOP 8 Vorstandswahl

TOP 9 Fundraising / Verfahren mit ausstehenden Mitgliederbeiträgen

TOP 10 Mitgliederwerbung / Abo-Möglichkeiten für die Zs. ika

TOP 11 Sonstiges

Unsere Mitglieder, die die IKA per Sackpost erhalten, machen wir auf folgende Beilagen, die der Postsendung beigelegt sind, aufmerksam:

- der Interkulturelle Kalender 2019,
- das Positionspapier der IJAB (Fachstelle für Internationale Jugendarbeit) „Internationale Jugendarbeit für Vielfalt und Demokratie. Standortbestimmung angesichts menschenfeindlicher und extremistischer Strömungen“ (vgl. Artikel P6/18-3-4),
- das Porträt des Berliner Vereins „Ein Haus für die Vereinten Nationen in Berlin“ HVN e.V. Dort ist der SSIP als Verein bereits Mitglied.

Der HVN versammelt hochrangige Politiker, Kulturpolitiker und Kulturschaffende von innerhalb und außerhalb Deutschlands. Die SSIP-Mitglieder sollten überlegen, ob sie den Verein HVN e. V. unterstützen können, um den Druck gegenüber dem widerwilligen Senat von Berlin zu erhöhen.

- Vom Weißensee-Verlag liegen zwei Flyer bei. Vor allem auf die Verlagsinformation über die beiden jüngsten Veröffentlichungen des SSIP in seiner Buchreihe „Perspektivenwechsel Interkulturell“ weisen wir gerne hin.

Unsere Mitglieder, die die IKA *online* erhalten, schicken wir die Beilagen auf Anfrage gerne zu.

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber:
Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für
Interkulturelle Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin
Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer,
Bad Vilbel

Die *ika – interkulturell aktuell* („SSIP-Mitteilungen“) können Sie abonnieren: Der Jahresbeitrag von 50,- € schließt die Mitgliedschaft im *Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven* e. V. ein. Die *SSIP-Mitteilungen* werden nach Wunsch als pdf-Datei oder als Druckausgabe verschickt.

© SSIP, 2019. Bitte zitieren Sie mit der Quellenangabe „SSIP-IKA“.

Titel: Wort-Bild-Marke für das Europäische Kulturerbejahr 2018, „Sharing Heritage“

Autorenkürzel:

FN Ferdinand Niedlich
JG Juliane Ganzel
AT Armin Triebel
GUB Gerd Ulrich Bauer

Geschäftsstelle:

Wielandstr. 35
12159 Berlin
www.ssip-web.de
Tel.: +49 (0)30/8510339-0
Fax: +49 (0)30/8510339-1
Mail: mitteilungen@SSIP-web.de

Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum
IBAN: DE51 4306 0967 1218 6594 00
BIC: GENODEM1GLS